

Bundesinitiative
„wir ... hier und jetzt“

Fall- und Panelstudien aus dem Handlungsfeld „Perspektive“

Deutsches Jugendinstitut e. V.
Wissenschaftliche Begleitung der
Bundesinitiative „wir ... hier und jetzt“
Dr. Thomas Gericke
Dipl. Ing. Anke März
Franckeplatz 1
06110 Halle/Saale
www.dji.de
www.wir-hier-und-jetzt.de

Inhaltsverzeichnis

0. Mit neuen Ideen und neuen Partnern Perspektiven schaffen – Ansätze und Ergebnisse des Ideenwettbewerbes „Perspektive“	2
Fall und Panelstudien:	
1. Zukunftskonferenz Hoppegarten	6
2. „Barbarossa erwacht“	11
3. Abenteuercamp Deutschbaselitz	18
4. Gemeinsam leben im Landkreis Parchim	25
5. Schulmediation	31

0. Mit neuen Ideen und neuen Partnern Perspektiven schaffen – Ansätze und Ergebnisse des Ideenwettbewerbes „Perspektive“

Die Projekte im Ideenwettbewerb „Perspektive“ sollten vor allem zur Bildung Sozialraum bezogener Verantwortungsgemeinschaften beitragen, in denen verschiedene Akteure in der Region miteinander vernetzt werden, um die Entwicklung gemeinsamer Handlungskonzepte zur Verbesserung der Perspektive junger Menschen im lokalen Umfeld zu bewirken. Konzeptionell unterschied sich der Ideenwettbewerb damit von anderen Handlungsfeldern durch eine andere Zielperspektive und durch die Ansprache anderer Zielgruppen. Während in den übrigen Handlungsfeldern vorrangig Jugendliche die Akteure waren, die die Möglichkeit nutzen konnten, ihre Ideen umzusetzen, richtete sich der Ideenwettbewerb „Perspektive“ an kommunale und regionale Akteure, die Verantwortung für die Perspektiven Jugendlicher haben oder empfinden. Die Kommunen waren dabei mit ihren Institutionen genauso angesprochen wie die Kammern der Wirtschaft, private und öffentliche Träger der Bildungs- oder Kulturarbeit und freie Initiativen und Einzelpersonen.

Diese konzeptionelle Ausrichtung des Ideenwettbewerbs hat dazu geführt, dass die in 30 geförderten Projekten gebildeten Sozialraum bezogenen Verantwortungsgemeinschaften besonders zwei Aufgaben in Angriff genommen haben:

- Die Schaffung neuer oder verbesserter Rahmenbedingungen für das Aufwachsen oder die Perspektiven Jugendlicher in ihren Regionen oder
- Die Entwicklung von Konzepten und ihre Umsetzung in konkrete, von den Jugendlichen praktisch verfolgbare Perspektiven in der Region.

In Abstimmung mit der für den Ideenwettbewerb zuständigen Stiftung Demokratischer Jugend erfolgte die Auswahl der fünf Fall- und Panelstudien, die von der wissenschaftlichen Begleitung in diesem Handlungsfeld zu erarbeiten waren. Die Auswahl berücksichtigte die regionale Verteilung der geförderten Projekte, legt aber den Schwerpunkt auf ein möglichst breites Spektrum der Ansätze und Projektziele. Die wichtigsten Fragestellungen der wissenschaftlichen Begleitung in diesem Feld waren: Wie lassen sich Sozialraum bezogene Verantwortungsgemeinschaften initiieren? Und: Welche Verfahren und Methoden sind für eine ergebnisorientierte Arbeit der Verantwortungsgemeinschaften einzusetzen? Beide Aspekte waren in den Fall-, vor allem aber in den Panelstudien zu berücksichtigen.

Während die Fallstudien hauptsächlich im zweiten und dritten Quartal des Jahres 2004 erarbeitet und in Einzelfällen im vierten Quartal aktualisiert wurden, erstreckte sich die Arbeit an den Panelstudien, beginnend mit dem zweiten Quartal, über das gesamte Jahr 2004. Dabei wurden unmittelbar nach der Förderentscheidung in einem ersten Schritt die Antragsunterlagen der Projekte ausgewertet, um dann mit den Projekten das weitere Verfahren zu vereinbaren, dass die konkreten Projektabläufe berücksichtigen musste. Institutionen nahe Verantwortungsgemeinschaften waren wegen der formalisierten Strukturen meist eher aktiv, als Projekte, die auch in der Bildung Sozialraum bezogener Verantwortungsgemeinschaften ein breites Spektrum der Akteure anstrebten.

Je nach Arbeitsstand wurden mit den Projekten für die Panelstudien Lokaltermine für die Untersuchungen vor Ort vereinbart. Im Rahmen dieser Erhebungen wurden mit allen wichtigen Akteuren der Verantwortungsgemeinschaften Leitfaden gestützte Interviews durchgeführt, die sich an der Struktur der Erhebungsinstrumente für die Fallstudien orientierte. Grund für diese abgestimmte Struktur war die Nachnutzer freundliche Publizierung der Fall- und Panelstudien als Best-Practice Beispiele. Nach der Erarbeitung der Panelstudien gab es bei zwei der drei Projekte für die Panelstudien Nacherhebungen (Abenteuercamp Deutschbaselitz, Barbarossa erwacht). Die Notwendigkeit dafür ergab sich daraus, dass beide Projekte über den Förderzeitraum der Bundesinitiative hinaus aktiv sind.

Entsprechend der unterschiedlichen Ansätze und Zielstellungen der geförderten Projekte, war auch die Zusammensetzung der Sozialraum bezogenen Verantwortungsgemeinschaften unterschiedlich. Es bildeten sich Verantwortungsgemeinschaften, die z. B. Vertreter der Kommune, freie Trägern der Jugendarbeit, Vertreterinnen und Vertreter der Parteien und von Bürgerinitiativen sowie Einzelpersonen umfassten. Andere Verantwortungsgemeinschaften wiederum bestanden aus Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft und ihrer Verbände, der Kommunen und Trägern der Jugendarbeit. Wie die Verantwortungsgemeinschaft sich zusammensetzte, hing immer ganz entscheidend vom Initiator und der Zielstellung des Projektes ab.

In Sondershausen z. B., wo es im Projekt „Barbarossa erwacht“ um die langfristige Förderung von leistungsstarken Jugendlichen mit der Bereitschaft zu wirtschaftlicher Selbständigkeit ging, waren Unternehmen der Wirtschaft und der regionale Verband für Wirtschaftsförderung gemeinsam mit einem Träger der Jugendarbeit aktiv und bezogen Schulen und andere Partner mit ein. Alle gemeinsam hatten sich die Aufgabe gestellt, bereits in der Schule leistungsstarke Jugendliche zu identifizieren, die unternehmerische Selbständigkeit als eine Möglichkeit für ihr Leben ansahen und diese Jugendlichen langfristig zu fördern und so für die Region zu erhalten.

Dagegen war die Aufgabenstellung in der Großgemeinde Hoppegarten bei Berlin eine ganz andere. Durch die Zusammenlegung von drei vorher selbständigen Gemeinden mit jeweils eigenen Angeboten der Jugendarbeit mussten nach der Konstituierung der neuen Großgemeinde auch neue Grundlagen für die kommunale Jugendarbeit gelegt werden. Analog dazu fanden sich in der dort gebildeten Verantwortungsgemeinschaft vor allem Vertreter der Kommune, der verschiedenen Ortsteile und Träger der Jugendarbeit zusammen. Ziel dieses Projektes war es über die Vorbereitung und Durchführung einer „Zukunftskonferenz“ neue, gemeinsame Grundlagen für die Entwicklung der Jugendarbeit zu schaffen – auch durch die Konstituierung einer neuen Verantwortungsgemeinschaft. Dass sich diese Anstrengung gelohnt hat, ist an den verschiedenen Arbeitsgremien zu erkennen, denen die Zukunftskonferenz konkrete Aufgaben übertragen hat.

Aber es gab auch Verantwortungsgemeinschaften, die in Form von Netzwerken oder Dienstleistungsbeziehungen den Erhalt oder die Weiterentwicklung ganz konkreter Angebote der Jugendarbeit zum Ziel hatten. Gemeinsam mit kommerziellen Touristikveranstaltern und einer Regionalen Marketingagentur, vor allem aber mit viel eigenem Engagement hat das Projekt

„Abenteuercamp Deutschbaselitz“ im Freistaat Sachsen eine neue Nutzungskonzeption für sein Angebot der Jugendfreizeit entwickelt, das die Weiterführung des Camps als Einrichtung der Jugendfreizeit auch ohne Fördermittel möglich machen soll. Wichtig für die erfolgreiche Arbeit in diesem Projekt waren die gründliche Bilanzierung der eigenen Ressourcen und Kompetenzen, die Feststellung des Entwicklungsbedarfes und das Finden von engagierten Partnern.

Wichtige Ergebnisse des Ideenwettbewerbes „Perspektive“ sind:

Die Förderung durch die Bundesinitiative hat an 30 Standorten Prozesse in Gang gesetzt, die sonst nicht oder nur bedingt realisierbar gewesen wären. Vor allem die Idee neuer Verantwortungsgemeinschaften hat – manchmal über beharrlich gepflegte Divergenzen hinweg – die Bildung neuer Netzwerke und Gemeinschaften angeregt, die die Lösung gemeinsamer Aufgaben mit neuem Elan in Angriff genommen haben.

Es sind neue Netzwerke entstanden oder neue Partner für bestehende Netzwerke gewonnen worden, die die Perspektiven der Jugendarbeit in den Kommunen verbessern und damit auch die Bindung der Jugendlichen an ihren Wohnort, an ihre Region stärken. Bemerkenswert ist vor allem die Einbindung von Vertretern der Wirtschaft, die in den Verantwortungsgemeinschaften über ihre Unternehmensgrenzen hinweg für die Perspektiven Jugendlicher in der Region aktiv wurden.

In den Verantwortungsgemeinschaften haben z. T. auch kommerzielle und nicht kommerzielle bzw. gemeinnützige und öffentliche Akteure zusammengearbeitet. Für die Entwicklung neuer Perspektiven haben dabei die Grenzen zwischen wirtschaftlichem Agieren und der Förderung von Jugendlichen oder Jugendarbeit an Bedeutung verloren, wenn es um die Entwicklung der Region geht. Die Verantwortungsgemeinschaften sind auch Ausdruck der gemeinsamen Überzeugung, dass vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, der Abwanderung von Jugendlichen und der wirtschaftlichen Perspektiven der Region gemeinsam gehandelt werden muss.

Welche Erfahrungen lassen sich bei der Bildung der Verantwortungsgemeinschaften verallgemeinern?

In vielen Regionen besteht die Überzeugung, dass die Perspektiven der Region mit den Perspektiven für Jugendliche verknüpft sind und dass die Entwicklung von Perspektiven ein gemeinsames Anliegen sein muss. Hieran kann bei der Bildung von Verantwortungsgemeinschaften angeknüpft werden und es können Akteure für die Verantwortungsgemeinschaften gewonnen werden, die sonst der Jugendarbeit eher abwartend gegenüber stehen.

Die Bildung von Verantwortungsgemeinschaften wird erleichtert durch eine klar definierte, zeitlich begrenzte Aufgabenstellung. Nach dieser Aufgabenstellung richtet sich auch die Zusammensetzung der Verantwortungsgemeinschaft in ihrer arbeitsteiligen Struktur.

Verantwortungsgemeinschaften mit einer langfristigen Zielstellung erhalten ihre konstruktive Arbeitsfähigkeit über eine lange Zeit, wenn sie das Vorhaben in Teiletappen und Teilziele zerlegen, die u. U. von unterschiedlich zusammengesetzten Verantwortungsgemeinschaften bewältigt werden.

Aufgaben, die von Verantwortungsgemeinschaften im Sinn des Ideenwettbewerbes bearbeitet werden sollen, sind häufig komplex und im Schnittpunkt unterschiedlicher Interessen angesiedelt. Gleichzeitig sind die Entwicklung neuer Sichtweisen, der Neuzuschnitt von Kompetenzen, die Aktivierung verschiedener Zielgruppen meist mittel- oder langfristige Prozesse. Vor diesem Hintergrund muss die Ergebniserwartung aller Beteiligten von Beginn an realistisch sein.

1. „Zukunftskonferenz Hoppegarten“

Lokaler Rahmen und Träger

Die Gemeinde Hoppegarten liegt nord-östlich, unmittelbar an der Stadtgrenze zu Berlin. Die Gemeinde ist im Jahr 2003 infolge der Kreisgebietsreform durch die Zusammenlegung der Gemeinden Dahwitz-Hoppegarten, Hönow und Münchehofe durch die Landkreisverwaltung vollzogen worden, obwohl die Mehrheiten der Bürger in den verschiedenen Gemeinden dagegen waren.

Die Gemeinde Hoppegarten verfügt durch die S-Bahn-Anbindung an Berlin über ausgezeichnete infrastrukturelle Bedingungen. In den letzten Jahren sind auch deshalb zahlreiche Zuzüge in die Gemeinde Hoppegarten sowie die angrenzenden Gemeinden zu beobachten. Die meisten der Zuzüge kommen aus Berlin. Der Anteil der Einwohner unter 27 Jahren beträgt in der Gemeinde 30 Prozent.

Dem Charakter nach ist die Gemeinde eher ein Wohnvorort, der lediglich durch die traditionsreiche Galopprennbahn Hoppegarten über die Ortsgrenze hinaus bekannt ist. Ansonsten gibt es lediglich kleine Handwerks- und Handelsbetriebe. Für die meisten erwerbstätigen Menschen ist das nahe Berlin Arbeitsort.

Vor der Zusammenlegung hatten die Gemeinden Dahwitz-Hoppegarten und Hönow jeweils ca. 7.000 Einwohner, die Gemeinde Münchehofe etwa 400 Einwohner. Was die Strukturen der Jugendarbeit angeht konnten alle Gemeinden auf jugendgemäße Angebote verweisen, die vor allem im Bereich der offenen Jugendarbeit angesiedelt waren. Dazu kamen die Angebote der Sportvereine, der Freiwilligen Feuerwehren oder auch anderer Vereine wie dem Kulturförderverein. Diese Angebote waren das Resultat bisheriger Förderung in den Gemeinden, die nun, nach der Zusammenlegung zur Großgemeinde Hoppegarten neu diskutiert und geregelt werden mussten. Diese Diskussion wurde dadurch erschwert, dass die neu gewählten Gemeindevertreter, den Ortsgrößen folgend, vor allem die beiden größeren Ortsteile Hoppegarten und Hönow repräsentierten und sich gleichzeitig primär für ihre Herkunftsgemeinden einsetzten. In dieser Konstellation waren eine konstruktive Diskussion der Jugendarbeit, die Verteilung der Fördermittel und die Erarbeitung einer Vision der Jugendarbeit nicht möglich. Bemerkenswert war, dass die eigentlichen Akteure der Jugendarbeit in den Gemeinden einer Diskussion offener gegenüber standen, als die Gemeindevertreter, die aber letztlich die Entscheidungen zu treffen hatten.

Konzeption und Zielstellung

Die mit der Gemeindegebietsreform notwendige Verständigung über die Aufgaben der Jugendarbeit in der neuen Gemeinde Hoppegarten mit ca. 14.500 Einwohnern, die Verständigung über die Verteilung der Fördermittel und letztlich die Stiftung einer Identifikation mit der neu geschaffenen Gemeinde war in den demokratischen und institutionellen Strukturen der Gemeindevertretung nicht realisierbar. Gleichzeitig gab es zum Ende des Jahres 2003 auch ganz konkreten Handlungsbedarf: die auslaufende Förderung für den Jugendklub „Jugendwerkstatt“ in Hönow, dessen Arbeit bisher mit 65.000 Euro gefördert worden war und wo über die weitere Förderung entschieden werden musste. Ähnliche Probleme gab es auch in den anderen

Gemeinden. Dahlwitz-Hoppegarten verfügte über einen Jugendclub, in dessen Führung es allerdings zahlreiche Probleme gab und auch Münchehofe hatte einen kleinen Jugendclub, der aber eher den Status eines Treffpunktes hatte. Nur in den wenigsten Freizeiteinrichtungen gab es pädagogisches Fachpersonal, die meiste Arbeit wurde ehrenamtlich geleistet. Trotzdem identifizierten sich die Gemeinden und ihre Jugendlichen mit diesen Angeboten und erwarteten mindestens eine Weiterführung.

Trotz aller Anstrengungen verschiedener Akteure, darunter maßgeblich auch die Leiterin des Sozialamtes, in dessen Verantwortungsbereich auch die Jugendarbeit liegt, war in den Gremien der Gemeindevertretung keine Verständigung über die Ziele der Jugendarbeit und ihre zukünftige Förderung zu erreichen.

Unter Führung der Sozialamtsleiterin wurde gemeinsam mit verschiedenen Akteuren der Jugendarbeit aus den verschiedenen Orten der Gemeinde die Idee entwickelt, jenseits der traditionellen Gremien und unter breiter Einbeziehung aller Akteure und vor allem der Jugendlichen einen Diskussionsprozess zu initiieren und diesem Diskussionsprozess auch eine formale und inhaltliche Struktur zu geben, damit er nicht der ständigen Wiederholung bekannter Standpunkte Vorschub leistet, sondern tatsächlich offen und trotzdem ergebnisorientiert ist. Höhepunkt dieser Diskussion sollte die Durchführung einer „Jugendzukunftskonferenz“ der Gemeinde Hoppegarten sein. Die im Untertitel der Zukunftskonferenz formulierte Aufgabenstellung lautete: „Jugend: Zukunft, wie wir sie wollen!“

Mit der Zukunftskonferenz sollten drei unterschiedliche Ergebnisperspektiven verwirklicht werden:

- bereits in der Vorbereitungsphase der Konferenz sollte sich ein breiter Dialog über die Jugendarbeit einstellen, der möglichst viele Akteure einbezieht und die unterschiedlichen Positionen berücksichtigt,
- die Konferenz selbst sollte die unterschiedlichen Positionen und Zielvorstellungen bündeln und daraus konkrete Zielstellungen bzw. Aufgaben für die Gestaltung einer zukunftsorientierten Jugendarbeit festlegen,
- nach der Konferenz sollten Arbeitsgruppen entstehen, die bestimmte Aufgaben in der Jugendarbeit oder im Interesse der Jugendarbeit übernehmen.

Die Konferenz hatte damit konzeptionell die Funktion eines Impuls gebenden Events, der auch in der meist wirtschaftslastigen Diskussion in der Gemeinde für Fragen der Jugendarbeit sensibilisieren sollte, das eigentliche Ziel der Zukunftskonferenz bestand aber darin, den Prozess der Meinungsbildung über die Ziele und Aufgaben der Jugendarbeit nach der Konferenz zu verstetigen und erste Arbeitsschritte in Angriff zu nehmen.

Umsetzung und Erfahrungen

In Vorbereitung auf die Zukunftskonferenz fand sich eine fünf- bis sechsköpfige Gruppe, die, vor allem durch die Sozialamtsleiterin angeregt, die Vorbereitungsarbeiten übernahm. Die Gruppe bestand vor allem aus Akteuren der Jugendarbeit vor Ort bzw. aus engagierten Ehrenamtlichen verschiedener Gremien und nahm im Februar 2004 ihre Arbeit auf. Es gelang nicht, Gemeindevertreter einzubinden. Die Schwierigkeiten der Vorbereitung bestanden nicht in der

inhaltlichen Arbeit, wenigstens nicht vordergründig, sondern in der Gewinnung von Partnern und Akteuren und dem Werben für die Idee einer solchen Zukunftskonferenz. Die Gruppe wurde immer wieder mit Fragen nach dem Sinn einer solchen Veranstaltung konfrontiert und natürlich auch nach den Kosten bzw. dem Nutzen. Die bei einigen Gemeindevertretern bis lange nach der Konferenz anhaltende Auffassung, dass es sich um „Verschwendung“ von Gemeindemitteln handelte, obwohl die Finanzierung der Konferenz über die Bundesinitiative „wir ... hier und jetzt“ allen bekannt war, zeigt, wie viele Vorbehalte nicht nur gegenüber der Jugendarbeit, sondern auch gegenüber einem breit angelegten Verständigungsprozess bestanden und z. T. noch bestehen.

Der vorbereitenden Gruppe war deshalb auch klar, dass sie möglichst viele in die Vorbereitung mit einbeziehen und auf der Konferenz selbst einen breit angelegten Diskussions- und Verständigungsprozess sichern müssen. Gleichzeitig aber auch dafür sorgen müssen, dass die Diskussion immer in ein Ergebnis – eine Aufgabe oder einen Beschluss – münden sollte.

Merkmale der Zukunftskonferenz sollten deshalb sein:

- es sollten sich möglichst alle Ortsteile der Gemeinde Hoppegarten mit ihren Akteuren der Jugendarbeit, der Jugendlichen und Interessierten beteiligen, damit die Vielfalt der Meinungen möglichst ohne viel Hierarchie diskutiert werden können. „Alle haben die Chance, sich zu beteiligen!“
- es sollen thematische Zukunftsideen für die ganze Gemeinde entworfen werden, die aber trotzdem in den geschichtlichen Zusammenhang der einzelnen Ortsteile gestellt werden, um das gegenseitige Verständnis zu fördern,
- die Arbeit der Zukunftskonferenz soll in eigenverantwortlichen Themengruppen erfolgen. Nicht die Probleme sollen im Vordergrund stehen, sondern der Dialog und möglichst die Lösungen,
- es sollen gemeinsame Ziele gefunden werden (vgl. Hinweisbogen 1/3 der Zukunftskonferenz)

Um die schwierige Aufgabe der Konferenz lösen zu können, wurden zwei Moderatoren gewonnen. Für die Moderatoren und die Teilnehmer wurden folgende Grundregeln festgelegt:

- Wir lassen alle Ideen und Sichtweisen gelten.
- Alle Ergebnisse werden auf Plakaten festgehalten.
- Wir hören einander zu.
- Wir halten den Zeitplan ein
- Wir suchen nach Gemeinsamkeiten und nach Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns.
- Unterschiede und Probleme werden wahrgenommen und anerkannt aber nicht aufgearbeitet (vgl. Hinweisbogen 2/3 der Zukunftskonferenz).

Insgesamt wurde die Konferenz in ihrer Durchführung sehr detailliert geplant. Es gab die verschiedenen Hinweisbögen für die verschiedenen Akteure und die Gestaltung der Diskussion. Für die Arbeitsgruppen gab es Hinweise zur Selbststeuerung und der Aufgabenverteilung, wiederum mit zahlreichen Arbeitsbögen. Diese außergewöhnlich präzise Vorbereitung sollte dazu

beitragen, die erwartete kontroverse Diskussion immer wieder auf die Zielstellung der Konferenz fokussieren zu können und ein unstrukturiertes Lamentieren zu vermeiden.

Vom 4. Juni, 17.00 Uhr bis zum 6. Juni 2004, 12.00 Uhr, fand die Konferenz mit ca. 50 TeilnehmerInnen in der Gemeinde Hoppegarten statt. Nach einem kurzen Plenum, das nach der Eröffnung und Begrüßung vor allem der Einweisung in die Arbeit der fünf Arbeitsgruppen diente, wurden die TeilnehmerInnen nach dem Zufallsprinzip den Arbeitsgruppen zugeordnet.

Unter den TeilnehmerInnen waren ca. ein Drittel Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre, es waren die verschiedenen Vereine der Gemeinde vertreten und es kamen Gäste aus der Nachbargemeinde, Kreistagsabgeordnete und Vertreter des Jugendamtes des Landkreises. An der Konferenz nahmen ebenfalls die Gemeindevertreter teil.

Dank der gründlichen Vorbereitung der Konferenz mit Arbeitsanweisungen für die Arbeit der Arbeitsgruppen kam ein inhaltlich interessanter Diskussionsprozess zustande, mit sehr konkreten Vorschlägen für die Jugendarbeit in der Gemeinde.

Als Ergebnisse der Zukunftskonferenz wurden festgehalten:

- Die Partizipation der Jugendlichen am Leben der Gemeinde Hoppegarten soll massiv erweitert werden.
- Es soll das bisher Erreichte in der Jugendarbeit (in den Ortsteilen der Gemeinde) gesichert werden.
- Die Jugendarbeit aus den Ortsteilen soll auf die Großgemeinde qualifiziert erweitert werden.
- Die Bevölkerung ist in diesen Prozess breit einzubeziehen.
- Positive Entwicklungen sind zu thematisieren. (vgl. Dokumentation der Zukunftskonferenz, Gemeinderat Hoppegarten 2004).

Als konkretes Ergebnis wurde von den KonferenzteilnehmerInnen vereinbart, dass die Arbeitsgruppen, die während der Konferenz ihre Arbeit aufgenommen hatten, diese mit ganz konkreten Aufgaben weiterführen. Dazu gehörten:

- Die Vorbereitung und Gründung eines Jugendbeirates der Gemeinde bis zum Jahresende 2004.
- Die konzeptionelle Vorbereitung eines „Jugendrenntages“ gemeinsam mit der Galopprennbahn Hoppegarten und dem dort aktiven Klub „Union“.
- Der Aufbau eines Infonetzwerkes „Jugend“ mit allen relevanten Daten und Informationen über die Jugendarbeit in der Gemeinde.
- Die Reaktivierung des Sportbeirates.
- Die Einrichtung eines Runden Tisches der Jugendarbeit.
- Die Erarbeitung eines Konzeptes der Jugendarbeit für die Gemeinde durch die Jugendwerkstatt Hönow.

Fazit

Vier Monate nach der Konferenz schätzen drei Vertreter der Vorbereitungsgruppe in einem Interview mit der wissenschaftlichen Begleitung der Bundesinitiative die Ergebnisse der Konferenz sehr differenziert ein. Das nach Auffassung der Gruppe wichtigste Ziel, eine Identifikation mit der neu geschaffenen Gemeinde zu stiften und für diese in einen konstruktiven Dialog über die Ziele und Aufgaben der Jugendarbeit zu treten, ist nicht gelungen. Als schwierigste Partner stellen sich auch nach der Konferenz immer noch die Gemeindevertreter dar.

Gleichzeitig konnte die Weiterführung der Arbeitsgruppen erreicht werden, die im Rahmen der Konferenz ihre Arbeit aufgenommen hatten. Sie hatten während der Konferenz das Mandat bekommen, ganz konkrete Aufgaben zu bearbeiten.

Der Arbeitsstand der Arbeitsgruppen war vier Monate nach der Konferenz sehr unterschiedlich. Es zeigte sich, dass insbesondere die Aufgaben, die die Jugendarbeit für die gesamte Gemeinde konzipieren sollten, noch weit von einer Lösung entfernt waren (Runder Tisch der Jugendarbeit, Konzeptentwicklung Jugendarbeit). Die Reaktivierung des Sportbeirates war erfolgt und an der Konzeption für den Jugendrenntag wurde ebenfalls gearbeitet. Mit Blick auf den Haushaltsplan für 2005 war aber gerade das Fehlen einer Konzeption für die Jugendarbeit problematisch.

Die kritische Einschätzung der Initiatoren der Zukunftskonferenz resultiert aus dem erkennbaren Handlungsbedarf in der Gemeinde. Er resultiert auch aus der Einschätzung, dass es nicht gelungen ist, einen gemeinsamen Diskurs über die Ziele und Aufgaben der Jugendarbeit in der neuen Gemeinde Hoppegarten zu initiieren.

Aus der Perspektive Externer muss das Ergebnis der Konferenz weniger kritisch eingeschätzt werden. Die Konferenz hat stattgefunden, es haben sich zur Vorbereitung Gremien gebildet, die viele Gemeindemitglieder für die Konferenz gewinnen konnten. Die Konferenz hat bei der Mehrzahl der TeilnehmerInnen ein positives Echo gefunden und es haben sich aus der Konferenz arbeitsfähige Strukturen entwickelt, die nun erste Aufgaben im Interesse einer neu konzipierten Jugendarbeit übernommen haben. Dass dabei die Identitäten mit den „alten“ Gemeinden nach wie vor dominieren, darf nach erst einem Jahr „Großgemeinde“ Hoppegarten die Akteure nicht frustrieren. Viel höher ist die Existenz von Arbeitsgruppen zu bewerten, die sich seit der Zukunftskonferenz mit der Jugendarbeit der neu formierten Gemeinde beschäftigen, die jeweils ganz konkrete Aufgaben bearbeiten und dazu auch Ergebnisse vorlegen werden. Wenn es gelingt, die Motivation dieser Arbeitsgruppen zu erhalten und zu stärken, indem die Ergebnisse ihrer Arbeit tatsächlich in die Diskussion über die zukünftige Jugendarbeit der Gemeinde einfließen, hat die Zukunftskonferenz nicht nur einen einmaligen Erfolg gehabt, sondern den Grundstein für nachhaltig funktionierende Strukturen in der Jugendarbeit gelegt.

Interview: Thomas Gericke

Informationsstand: 19.10.2004

2. „Barbarossa erwacht“, Sondershausen

Lokaler Rahmen und Träger

Das Projekt „Barbarossa erwacht“ ist in Sondershausen, Kreisstadt des Kyffhäuserkreises in Thüringen, angesiedelt. Die Kleinstadt hat etwa 22.000 Einwohner. Wirtschaftlicher Schwerpunkt des einst durch den Kalibergbau gekennzeichneten Sondershausens bildet jetzt die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und der Versuch, den Tourismus zu entwickeln. Dafür hat die Stadt mit dem Prinzenpalais am Markt, dem Schloss Sondershausen und der nahe gelegenen Barbarossa-Höhle, dem Kyffhäuserdenkmal sowie der ehemaligen Reichsburg Kyffhausen (11. Jahrhundert) exzellente Voraussetzungen. Vielen gilt der Kyffhäuserkreis als das größte Freilichtmuseum Deutschlands.

Ähnlich vielen anderen Städten und Regionen im Osten ist aber auch Sondershausen durch eine hohe Arbeitslosigkeit (über 20 Prozent) gekennzeichnet, die vor allem junge und gut ausgebildete Jugendliche und junge Erwachsene zur Abwanderung in die nahen alten Bundesländer treibt. Die schwache industrielle Basis wird von einem nur unterdurchschnittlich entwickelten handwerklichen Sektor nicht kompensiert. Nach Aussagen regionaler Vertreter ist das schlecht entwickelte Handwerk einer der wichtigsten Gründe für die besonders hohe Arbeitslosigkeit und schlägt sich auch im Stadtbild nieder. Viele innerstädtische Gewerbeimmobilien stehen leer, was dem Stadtzentrum ein teilweise trostloses Aussehen gibt. Eine gravierende Änderung der Arbeitsmarktlage, aber auch neue Impulse für die Stadtentwicklung sind nur durch eine breite Förderung von Selbständigkeit und Unternehmertum möglich. Hier setzt das Projekt „Barbarossa erwacht“ an.

Träger des Projektes „Barbarossa erwacht“ ist „Juventas“ e. V., ein freier Träger der Jugendarbeit, der bereits 1991 entstand. Der Träger hat zwei zentrale Geschäftsbereiche: Die Juventas Jugendwohnheim gGmbH, die entstand, als die ehemals staatlichen Lehrlingswohnheime der Kaliindustrie in freie Trägerschaft überführt wurden und den Freizeitbereich, der hauptsächlich für Jugendliche, aber auch für Senioren Betreuungsangebote vorhält entwickelt oder im Auftrag kommunaler Stellen durchführt.

Die Jugendwohnheim gGmbH betreibt nach wie vor ein Jugendwohnheim für Schüler und Studenten nahe gelegener Schulen und Ausbildungseinrichtungen, eine Jugendherberge und einen Gästebereich mit Hotelcharakter. Mit diesem Unternehmensteil ist der Träger auch in der Tourismusförderung aktiv. Im Freizeitbereich realisiert der Träger die Betreuung von Praktikanten und Jugendlichen mit erzieherischen Maßnahmen, betreibt eine Jugendgaststätte, unterstützt andere Vereine bei deren Veranstaltungen, organisiert aber auch selbst Veranstaltungen. Der Freizeitbereich wurde bis 1997 ausschließlich (!) in ehrenamtlicher Tätigkeit der Vereinsmitglieder durchgeführt. Dazu waren jährlich 6.500 bis 7.000 Stunden ehrenamtlicher Tätigkeit notwendig. Mit zunehmenden Aktivitäten wurden auch zwei Freizeitkoordinatoren eingestellt und vom Arbeitsamt geförderte arbeitslose Jugendliche in die Arbeit des Vereins eingebunden.

Das heute vom Verein genutzte, ehemalige Lehrlingswohnheim des VEB Kali-Kombinates, ist inzwischen eine „schmucke“ Immobilie, die auf den Besucher den Eindruck eines lebendigen, gut geführten Unternehmens macht, das auch immer nach neuen Betätigungsfeldern und qualitativen Verbesserungen der bestehenden Angebote im Bereich der Jugendarbeit sucht. Dieser Eindruck spiegelt sich auch in den Umsatzzahlen des Trägers wider, der mit der Jugendwohnheim gGmbH etwa 750.000 Euro und mit dem Freizeitbereich etwa 250.000 Euro Umsatz im Jahr macht.

Ausgangslage und Entstehen der Projektidee

Durch das lange Bestehen und seine vielfältigen Aktivitäten versteht sich der Träger als lokaler Akteur, dem die Stadtentwicklung, die Entwicklung der Region und seiner Menschen wichtig ist. Im Laufe der Jahre hat der Träger zahlreiche Kontakte und Arbeitsbeziehungen zu den kommunalen und regionalen Stellen der Verwaltung, der Politik und der Wirtschaft aufgebaut. Diese Netzwerkbildung wird dadurch unterstützt, dass sich viele der Akteure seit vielen Jahren kennen und die Überschaubarkeit der kleinen Stadt die Netzwerkbildung auch fördert. Das spiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Vorstandes von Juventas wider, wo u. a. Vertreter der Wirtschaft und der kommunalen Verwaltung vertreten sind. Im Einzelnen sind das der Schulleiter des staatlichen Gymnasiums, der Geschäftsführer eines mittelständischen Rohrproduzenten, ein Bäckermeister, ein Beratungslehrer, die Leiterin eines Jugenddorfes in der Landeshauptstadt sowie der Geschäftsführer der Kommunalen Wohnungsgesellschaft, ein ehemaliger Oberstleutnant der Bundeswehr.

Durch die Vertretung der verschiedenen Lebensbereiche im Vorstand des Trägers werden Entwicklungsfragen des Standortes und des Trägers häufig miteinander verbunden. Nach Aussagen des Trägers hat sich in den letzten Jahren im Vorstand des Vereins die Auffassung verfestigt, dass durch die zahlreichen Maßnahmen der Arbeitsverwaltung bzw. der Benachteiligtenförderung das Angebot an Hilfen und Unterstützungsleistungen für Jugendliche und junge Erwachsene mit weniger guten Voraussetzungen auf dem Arbeitsmarkt deutlich besser ist, als die Unterstützung von Jugendlichen mit guten und sehr guten Leistungen. Natürlich benötigen diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen beim Übergang in Ausbildung und Erwerbstätigkeit diese Hilfen und Unterstützungen nicht so zwingend wie die anderen Jugendlichen, allerdings gelingt auch diesen Jugendlichen der Übergang ins Erwerbsleben meist nur außerhalb Sondershausens. In der Abwanderung dieser Jugendlichen sahen der Träger und die Kommune eine ernsthafte Gefahr für die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt und der Region. Seit langem gab es deshalb Überlegungen, wie die eher leistungsstarken und leistungsbereiten Jugendlichen in Sondershausen durch das Aufzeigen von Perspektive gehalten werden könnten.

So entstand bereits im Jahr 1999 die Idee, die Unterstützung leistungsstarker Jugendlicher mit aktiver Strukturpolitik zu verknüpfen. Es sollte erreicht werden, dass leistungsbereite Jugendliche, möglichst mit der Idee der Selbständigkeit, in der Region gehalten werden, indem sie frühzeitig – möglichst in der Schule schon - Förderung durch Unternehmen und Unternehmer erhalten, die sie in der Absicht bestärken und entwickeln, eine eigene wirtschaftliche Existenz aufzubauen. Als wichtigste Kooperationspartner standen von Beginn an Schulen, der Gewerbe- und Wirtschaftsverband (dessen Mitglied auch Juventas ist) und einzelne Unternehmen bereit.

Durch das Landesjugendamt in Erfurt wurde der Träger auf die Bundesinitiative „wir ... hier und jetzt“ und deren Fördermöglichkeiten aufmerksam.

Konzeption und Zielstellung

In den Antragsunterlagen für die Bundesinitiative „wir ... hier und jetzt“ skizziert der Träger das Projektziel wie folgt: „Größtes Problem: Arbeitslosenquote in der Region überdurchschnittlich hoch mit ständig steigender Tendenz (23,4%). Von 1997 bis 2002 in der Region 36% Jugendliche mehr arbeitslos. Jugendliche mit Sozialhilfe um 21,6% gestiegen. Gewerbeabmeldungen sind in etwa gleich den Anmeldungen. Es fehlen kleinstadttypische Angebote. Der Leerstand der Geschäfte in der Innenstadt wirkt gravierend negativ auf die Attraktivität der Region. Immer mehr gut ausgebildete junge Menschen, die zur Existenzgründung in der Lage wären, wandern ab. Dadurch entwickelt sich die Region schrittweise zu einer überalterten und benachteiligten Region. Dem wollen wir entgegen wirken und Jugendliche für Existenzgründungen gewinnen sowie sie mit fachlichem Coaching begleiten.“

Die Konzeption für die Umsetzung der Projektidee sah folgende Arbeitsschritte vor:

1. eine tiefgreifende Bedarfsanalyse,
2. darauf basierend die Erarbeitung eines konkreten Handlungskonzeptes,
3. Entwicklung eines Beratungs- und Begleitkonzeptes (Coaching), dessen Endziel darin besteht, für junge Leute Grundlagen zur Existenzgründung zu schaffen und der Abwanderung entgegen zu wirken,
4. Entwicklung bedarfsgerechter Fortbildungsmodule,
5. bei erfolgreicher Existenzgründung Schaffung weiterer Arbeitsplätze durch diese Jungunternehmer.

Das unmittelbare Ziel des Projektes war die Identifizierung von Jugendlichen mit Interesse an unternehmerischer Selbständigkeit und ihre langfristige (!) Vorbereitung und Unterstützung. Gleichzeitig war es Absicht des Projektes und seiner Kooperationspartner, in den Schulen Sondershausens und darüber hinaus ein Klima zu erzeugen, dass Selbständigkeit als eine anspruchsvolle, aber reale Perspektive in der Lebensplanung der Jugendlichen erscheinen lässt. Allen Beteiligten war klar, dass diese Aufgabe nur gelöst werden kann, wenn es von der Schule bis in die Wirtschaft ein Netzwerk von Kooperationspartnern gibt, die sich mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen engagiert in das Vorhaben einbringen. Und es war klar, dass das Vorhaben eher ein langfristiges ist und dass auf dem Weg bis zu unternehmerischer Selbständigkeit viele Jugendliche „abspringen“ werden. Die Projektkonzeption war von Beginn an bis auf das Jahr 2007 ausgerichtet, was die Akquise von weiteren Fördermitteln verlangte, denn über die Bundesinitiative war die Förderung nur bis zum Jahresende 2004 möglich. Aus der Gesamtkonzeption des Projektes wurde deshalb ein „Projektmodul“ herausgelöst, das in sich abgeschlossen und dadurch förderfähig, aber ein integrierter Bestandteil des Gesamtprojektes war. Dieses Projektmodul sah folgende Arbeitsschritte vor:

- Auf der Grundlage einer Befragung in verschiedenen Schulen des Kreises sollten die Einstellungen der Schüler zur Selbständigkeit und Unternehmensgründung ermittelt werden.
- Unter den Befragten sollten diejenigen ermittelt werden, die neben einer positiven Einstellung zur Selbständigkeit auch gute schulische und sonstige Voraussetzungen für die Selbständigkeit aufwiesen.
- Mit diesen potenziellen Unternehmensgründern sollten dann Maßnahmen und Verfahren vereinbart werden, die sie langfristig auf dem Weg in die unternehmerische Selbständigkeit unterstützen. Dazu sollten Workshops, Trainings und Patenschaften gehören.

Die Befragung der Schüler sollte durch eine Befragung von Senioren flankiert werden, um deren Erwartungen an die Entwicklung des Standortes bzw. potenzielle Dienstleistungsbereiche als Handlungsfelder unternehmerischer Selbständigkeit zu ermitteln. Bei den Jugendlichen wurde auch ihre Meinung über die Stadt Sondershausen erhoben, um konkrete Hinweise für die Stadtentwicklung zu bekommen.

Umsetzung und Erfahrungen

Das Projektteam bestand aus zwei Vertreterinnen des Trägers, einer ehemaligen Lehrerin, die jetzt den Bereich Jugendwohnen beim Träger leitet und einer ehemaligen Schulsozialarbeiterin, die jetzt beim Träger angestellt ist. Wichtig für die Arbeit des Projektteams war auch die Mitwirkung des Geschäftsführers des Gewerbe- und Wirtschaftsverbandes.

Das Projekt hat eine sehr komplexe Struktur mit sehr unterschiedlicher Ergebnisperspektive – und auch ein breit gefächertes Netzwerk von Akteuren. Der bei derart angelegten Projekten in der Praxis oft zu beobachtenden Schwierigkeit der Umsetzung wurde durch eine sehr detaillierte Vorbereitung und Planung mit zahlreichen Dokumenten entgegengewirkt. Dazu gehörten u. a. eine detaillierte Projektskizze mit einem inhaltlichen Fragenkatalog, eine Risikoanalyse für die Umsetzung der Projektidee, die auf mögliche Schwierigkeiten und Lösungen aufmerksam machen sollte und einen Ablaufplan mit ausgewiesenen Meilensteinen. Diese Planung war auch deshalb notwendig, weil das Projekt dort, wo es um die Identifizierung geeigneter Jugendlicher und ihrer Einstellungen zu unternehmerischer Selbständigkeit geht, einen hohen empirischen Anspruch verfolgt.

Insgesamt waren folgende Erhebungen vorgesehen:

- eine Befragung von 300 Schülern und Schülerinnen der 10. bis 13. Klassen,
- eine Befragung von 40 – 50 Senioren,
- eine Bürgerumfrage in Zusammenarbeit mit der Sparkasse,
- die Befragung von ca. 400 arbeitslosen Jugendlichen über die Bundesagentur für Arbeit.

Im Zentrum der empirischen Arbeiten stand die Befragung von 300 Schülern und Schülerinnen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren aus Schulen Sondershausens (Okt./Nov. 2004). Diese Befragung sollte einerseits die Einstellung der Jugendlichen zur

unternehmerischen Selbständigkeit ermitteln und andererseits die Jugendlichen identifizieren, die dafür auch gute Voraussetzungen haben. Aus der Sicht der Projektpartner aus der Wirtschaft hatte dieser Untersuchungsteil schon die Aufgabe der Eliten-Identifizierung. Der Fragebogen war in fünf Komplexe gegliedert. Die Schüler wurden u. a. gefragt:

- Welche nahe liegenden Ziele und Wünsche hast du?
- Was möchtest du im Leben erreichen?
- Welche Möglichkeiten siehst Du wenn deine Wünsche nicht in Erfüllung gehen?
- Ist dir bekannt, welche Berufe in unserer Region eine realistische Chance haben?
- Was gefällt Dir an Deiner Heimatstadt? Was vermisst du?
- Auf welche Weise könntest du Einfluss auf Veränderungen nehmen?
- Wärest du gern dein eigener Chef?
- Wie stellst du dir einen Unternehmer vor? Welche Stärken muss er mitbringen?

Der Schülerbefragung zeitlich etwas vorgelagert (Sept./Okt. 2004) wurde die Bevölkerungsumfrage durchgeführt. Für diese Erhebung hat das Projekt die Sparkasse als Partner gewinnen können. Die Fragebögen wurden über die städtische Zeitung an die Haushalte verteilt und über Briefkästen in den Sparkassen eingesammelt. Ziel der Bürgerumfrage war die Ermittlung von Erwartungen an die Stadtentwicklung und das Dienstleistungsangebot. Daraus sollten dann Schlussfolgerungen für mögliche Felder unternehmerischen Handelns gezogen werden. Der teilstandardisierte Fragebogen enthielt u. a. folgende Fragen:

- Leben Sie gern in Sondershausen?
- Wie verbringen Sie Ihre Freizeit?
- Welche Einrichtungen vermissen Sie?
- Welche Dienstleistungsangebote vermissen Sie?
- Hätten Sie Interesse an einer ehrenamtlichen Aufgabe?

Eine vergleichbare Ergebniserwartung verband sich mit der Seniorenbefragung, die in mehreren mündlichen, teilstandardisierten Interviews zum Dienstleistungsangebot der Stadt Sondershausen und zum Kultur- und Freizeitangebot für Senioren befragt wurden. Teil dieser Befragung war aber auch die Ermittlung der Bereitschaft bei den Senioren, sich in verschiedenen ehrenamtlichen Feldern zu betätigen. In den insgesamt fünf Komplexen wurden u. a. folgende Fragen an die Senioren gestellt:

- Wohnen Verwandte (Kinder, Enkel u. a.) in Ihrer näheren Umgebung?
- Ist Ihr Wohnraum altersgemäß und ausreichend?
- Was gefällt Ihnen nicht an Ihrer Heimatstadt?
- Benötigen Sie Hilfe bei der Bewältigung der täglichen Aufgaben?
- Wie erleben Sie die soziale Betreuung durch die entsprechenden Einrichtungen (Wohlfahrtsverbände, Sozialer Dienst, ärztliche Versorgung usw.)?
- Wie sind Sie mit den Möglichkeiten im Dienstleistungssektor Ihrer Region zufrieden?
Wo ist Ihrer Meinung nach Nachholbedarf?
- Benötigen Sie Informationen über den Bedarf und die Möglichkeit ehrenamtlich tätig zu sein?

Mit Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit war auch eine standardisierte Befragung von arbeitslosen Jugendlichen vorgesehen. Dazu sollten 400 arbeitslose Jugendliche angeschrieben und um ihre Teilnahme an dieser Untersuchung gebeten werden. Neben anderen Fragekomplexen, wie z. B. der Verbundenheit mit der Heimatstadt und der Region, wurde auch bei diesen Jugendlichen das Interesse und die Bereitschaft ermittelt, „mal der eigene Chef zu sein“. Die Befragung enthielt u. a. folgende Fragen:

- Welche Maßnahmen sind Ihnen vom Arbeitsamt angeboten worden?
- Welche Tätigkeit schwebt Ihnen vor?
- Würden Sie auch eine artfremde und unterqualifizierte Tätigkeit ausüben?
- Wäre der Schritt in die Selbständigkeit für Sie eine Zukunftsperspektive, wenn Sie Informationen und die notwendige Unterstützung im Vorfeld bekommen?

Diese vier Teilerhebungen und ihre Auswertung bildeten den Kern des durch die Bundesinitiative geförderten Projektes. Mit entsprechend großem Aufwand wurden die Untersuchungsinstrumente erarbeitet. Die dabei entwickelten Fragebögen und Interviewleitfäden sind nach Ansicht der wissenschaftlichen Begleitung für ein solches praxisorientiertes Projekt funktionstüchtig und die damit erzielten Ergebnisse durchaus von praktischer Relevanz.

In der eigentlichen Untersuchungsdurchführung arbeitete der Träger mit anderen Trägern Sondershausens zusammen. Auch die zu den sehr unterschiedlichen Untersuchungsbereichen vorliegenden Ergebnisse sollten in die Arbeit möglichst vieler Träger einfließen können und auch der Kommune verfügbar gemacht werden.

Allerdings hatten sich bereits bis zum November 2004 so viele Daten angesammelt, dass die Auswertung der verschiedenen Befragungen die ProjektmitarbeiterInnen vor eine beachtliche Aufgabe stellten.

Gleichzeitig liegen aber mit den Untersuchungsergebnissen alters- bzw.- zielgruppenspezifische Aussagen über Lebensentwürfe, Wohnortbindung und Erwartungen an die Stadt- und Regionalentwicklung vor, die eine wichtige Arbeitsgrundlage für viele Akteure sein können. Mit diesen Ergebnissen läßt sich dann auch „Perspektive“ entwickeln, wie es in diesem Handlungsfeld der Bundesinitiative geschehen soll.

Mit einem konsequenten Blick auf die Zielstellung des Projektes – Identifizierung potenzieller Unternehmer und ihre Förderung – sind allerdings viele Daten erhoben worden, die zwar für den strategischen Projektansatz eines „Langzeitcoachings für junge Unternehmer“ notwendig und interessant sind, die eigentliche Identifizierung allerdings deutlich überschreiten. Dem Projektteam war von Beginn an klar, dass die „Ausbeute“, also die Anzahl Jugendlicher, die die Voraussetzungen für unternehmerische Selbständigkeit mitbringen, höchstens zehn bis fünfzehn Prozent der Befragten betragen wird.

Fazit

Das Projekt „Barbarossa erwacht“ ist auf die Identifizierung und Aktivierung endogener Entwicklungspotenziale in Sondershausen und der Region gerichtet. Das Projekt ordnet sich mit der Identifizierung potenzieller junger Unternehmer und ihrer Unterstützung in eine strategische

Projektperspektive ein, die über den Förderzeitraum der Bundesinitiative hinausgeht. Die Idee eines „Langzeitcoachings für Eliten“ ist dabei in der Fachpraxis ein selten verfolgter Ansatz, der bei erfolgreicher Umsetzung allerdings Effekte für den Standort versprechen kann. Notwendig ist dafür die langfristige Zusammenarbeit mit allen Akteuren, vor allem aber mit Vertretern der Wirtschaft. Nur von dort kann letztlich ein praxiswirksames Coaching für angehende Unternehmer geleistet werden. Notwendig ist auch die Akquise immer neuer Fördermittel, die das Projekt „am Laufen“ halten. Es gilt dabei einen Zeitraum von mindestens vier bis sechs Jahren abzusichern (z. B. vom Schulabschluss über Berufsausbildung bis zur Meisterprüfung).

Trotz einer sehr komplexen Struktur des Gesamtprojektes, in das sich das durch die Bundesinitiative geförderte einordnet, sind durch eine präzise Planung und den abgestimmten Einsatz der Akteure und Verfahren innerhalb des Förderzeitraumes die angestrebten Ergebnisse erzielt worden. Die Erfahrungen dieses Projektes bestätigen die zunehmenden Anforderungen an die Planung und planmäßige Umsetzung bei komplexen Vorhaben.

Als besonders nützlich für die Realisierung des Projektes hat sich die enge Zusammenarbeit aller Beteiligten erwiesen, die aus einer gewissen Tradition der Zusammenarbeit und der Überzeugung, etwas für den Standort und die Region tun zu wollen, resultierte.

Das Projekt hat aber auch über die eigentliche „Identifizierungsleistung“ hinaus, wichtige und informative Erkenntnisse über die Lebenslagen, Wünsche und Probleme Jugendlicher erbracht. Aus der Vielzahl der Ergebnisse die zum Interviewzeitpunkt vorlagen, sollen drei herausgehoben werden:

- Die Jugendlichen verbinden mit ihren Lebensentwürfen ganz eng das Konzept der Erwerbstätigkeit. Eine Berufsausbildung hat deshalb für sie größte Priorität.
- Die Jugendlichen fühlen sich ihrem Wohnort und der Region emotional eng verbunden. Beruf und Erwerbstätigkeit haben aber den Vorrang, weshalb Abwanderung immer eine Option ist.
- Unternehmerische Selbständigkeit ist für viele ein attraktives Modell. Trotzdem favorisieren die meisten eine Angestellten- oder Arbeitnehmerperspektive. Die Gründe dafür sind mangelnde Beratung und Angst vor dem Scheitern.

Interview: Thomas Gericke

Informationsstand: 29.10.2004

3. „Abenteuercamp Deutschbaselitz“

Lokaler Rahmen und Träger

Bischofswerda, sorbisch Biskopicy, liegt etwa auf halber Strecke zwischen der Landeshauptstadt Dresden und der Kreisstadt Bautzen mitten im Lausitzer Hügelland und bildet das westliche Tor zur Oberlausitz. Die etwa 13.000 Einwohner zählende Stadt geht auf eine Ansiedlung der Sorben um 600 u. Z. zurück und wurde im 12. Jahrhundert das erste Mal urkundlich als Stadt erwähnt.

Die demographische Entwicklung Bischofswerdas seit 1990 ist durch Eingemeindungen bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre positiv gewesen und hat dann wieder abgenommen. Diese Entwicklung ist vor allem durch die schlechte Ausbildungs- und Erwerbssituation in Bischofswerda und dem Landkreis Bautzen und die damit verbundenen Abwanderungen bedingt, die noch kritischer verlaufen als in den neuen Ländern insgesamt. Jährlich verlassen etwa 1000 Menschen den Landkreis, davon sind mehr als die Hälfte im Alter von 18 bis unter 25 Jahren.

Die Anzahl der Beschäftigten im Kreis Bautzen hat sich seit Beginn der 90er Jahre negativ entwickelt. 2001 wurde im Vergleich zu 1995 eine Beschäftigungsentwicklung von -13,4% registriert. Im Bundesdurchschnitt waren es im gleichen Zeitraum -1,1%, im Landesdurchschnitt Sachsen -12,4%. Die Beschäftigtenquote lag 1999 im Kreis Bautzen bei 31,5% (Bundesdurchschnitt: 33,7%, Landesdurchschnitt Sachsen 33,7%).

Von 1.000 Einwohnern erhalten im Kreis Bautzen 20,2 Leistungen aus der Sozialhilfe. Die Arbeitslosenquote im Kreis Bautzen, zu dem auch Bischofswerda gehört, betrug im Dezember 2004 22%. Damit liegt der Kreis über dem Landesdurchschnitt Sachsen von 19,7% und über dem Bundesdurchschnitt von 11,9%. Kennzeichnend für die schwierige Arbeitsmarktsituation ist auch der hohe Anteil Langzeitarbeitsloser (49 Prozent, 2004) und die hohe Jugendarbeitslosigkeit: per 30.09.2004 waren 13 Prozent der Arbeitslosen Jugendliche im Alter von 18 bis unter 25 Jahren.

In diesem lokalen Kontext ist der Träger des Projektes „Abenteuercamp Deutschbaselitz“ angesiedelt: Der „VdA Bischofswerda“ e. V. ist ein anerkannter Träger der Jugendhilfe und arbeitet seit vielen Jahren auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendarbeit bzw. der Kulturarbeit. Die Wurzeln des Trägers reichen bis in die DDR-Jugendarbeit zurück, als z. B. die heute noch genutzten Räumlichkeiten durch den „Verein der Altvorderen“ (VdA) als Kulturhaus und Jugendklub genutzt wurden. Und auch der heute als Projektleiter aktive arbeitet als Absolvent der Meißener Fachschule für Kulturhaus- und Jugendclubleiter seit 1985 bei den Vorläufern des Trägers. Diese gründeten sich 1974 als Jugendclub, wurden 1980 zu einem Klub der „Mittzwanziger“ profiliert – daher kommt auch der Name der „Altvorderen“ – und 1991 wurde aus diesen Vorläufern der „VdA Bischofswerda“ e. V.

Der Träger arbeitet konfessionsunabhängig. Zur Philosophie des Trägers gehören eine starke Naturverbundenheit, der direkte Bezug zur Region der Oberlausitz und die Generationen übergreifende Arbeit des Trägers.

Zum Zeitpunkt der Förderung durch die Bundesinitiative verfolgte der Träger neben seinen Aktivitäten in der offenen Jugendarbeit folgende Projekte:

- Erlebnispädagogisches Projekt E:PRO,
- Kulturelle Veranstaltungen für verschiedene Altersgruppen,
- Den Betrieb des Vereinsstübels in Bischofswerda-Pickau und
- Das Abenteuer- und Erlebniscamp Deutschbaselitz.

Der Träger ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten „AGJF“ des Freistaates Sachsen und des Netzwerkes für Kinder- und Jugendarbeit Bischofswerda in dem sich die freien Träger der Jugendarbeit der Kreise Bautzen, Pirna und Kamenz freiwillig zusammengeschlossen haben, als infolge der Kreisgebietsreform der Kreisjugendring aufgelöst wurde. Die bis dahin im Kreisjugendring zusammen arbeitenden Träger wollten aber weiterhin in einem gemeinsamen Forum ihre Arbeit abstimmen, gemeinsam Projekte entwickeln und umsetzen. Sie gründeten deshalb das Netzwerk, das inzwischen überregional durch den Landesjugendausschuss anerkannt ist.

Ausgangslage und Entstehen der Projektidee

Der Träger unterhält mit dem Abenteuercamp am Großteich in Deutschbaselitz (Landkreis Kamenz) ein attraktives Angebot der Jugendfreizeitarbeit. Der Ausbau des Camps, das am Rande eines großen Campingplatzes angesiedelt ist, wurde in den letzten Jahren fast ausschließlich durch die Mitglieder des VdA und durch Jugend-ABM realisiert. Ehemals ein Bauwagen umgeben von Zelten, wurde wegen der wachsenden Nachfrage außerhalb der Sommerferien ein Fachwerkhaus (1999-2000) gebaut und durch die Umbauung von Containern weitere Kapazität, auch für die Lagerung des Equipments, geschaffen. Damit war die Verlängerung der Nutzungszeit möglich.

Aus dem Sommerferien-Angebot für Kinder und Jugendliche wurde so allmählich ein Angebot, das vom späten Frühjahr bis in den Herbst genutzt werden konnte. Parallel mit der Ausweitung der Nutzungszeit ging auch eine Ausdifferenzierung der Angebote einher: Meist wochenweise wurden „NatursportCamps“, „Natursport- und KreativCamps“, „KinderCamps“ und „FamilienCamps“ angeboten. Innerhalb dieser Angebote war es möglich Kurse im Kanufahren, Mountainbiking und Klettern/Höhlenwandern zu absolvieren. Aber auch kreatives Arbeiten mit Holz, Textilien oder Ton waren möglich. Zielgruppen waren Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 14 Jahren. Die personelle Absicherung der Camps erfolgte häufig über ABM oder durch die Mitglieder des VdA, die ihren Urlaub oder Freizeiten im Camp verlebten und dort auch die Betreuung der Gruppen übernahmen.

Kennzeichnend ist für das Abenteuercamp die starke Identifizierung der Betreiber – den Mitgliedern des VdA - mit dem Camp. Viele von ihnen sind seit 10 – 15 Jahren mit dem Camp „verwachsen“, für sie ist das Camp nicht nur alljährlicher Urlaubsplatz sondern auch Freundeskreis, alternative Lebenswelt und Sozialisationsraum. Viele der inzwischen 40jährigen haben in ihrer Jugend und später mit ihren Familien das Camp aufgebaut, genutzt und

weiterentwickelt, das Camp als eine Idee von naturnaher Kommune gelebt. Ihre Kinder sind heute z. T. schon wieder in Anleiterrollen. Die starke Identifikation mit dem Camp hat aber nie zur Separierung geführt, das Camp war immer ein offener Kreis, der neue Mitglieder willkommen heißt und der das Camp als Angebot der Jugendfreizeit auf Dauer erhalten will.

Allerdings haben sich in den letzten Jahren die finanziellen Rahmenbedingungen deutlich verschlechtert. Die finanzielle Förderung der Jugendarbeit hat auch im Kreis Bautzen in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Der Erhalt von Angeboten der Jugendarbeit stellt die Träger der Jugendhilfe vor immer größere Probleme. Besonders schwierig ist das Agieren für die Träger dann, wenn der Ausstieg der öffentlichen Träger unvermittelt und kurzfristig erklärt wird, so, wie es dem VdA ergangen ist. Der Hintergrund für die degressive Förderung durch die öffentlichen Träger ist dabei meist nicht die unzureichende Qualität der Angebote, sondern, dass die Mittel der öffentlichen Hand nur noch für die so genannten Pflichtaufgaben reichen.

Wegen des Wegfalls der Fördermittel für das Abenteuercamp musste der Träger entscheiden, wie der Bestand und die Weiterentwicklung des Angebotes abgesichert werden kann. Der Träger beschloss, sein Engagement nicht weiter auf das Einwerben öffentlicher Fördermittel zu fokussieren, sondern die Finanzierung des Abenteuercamps über die Erwirtschaftung von Eigenmitteln abzusichern.

Die Zielstellung des im Rahmen der Bundesinitiative geförderten Projektes war die Erarbeitung eines Konzeptes zur verstärkten Erwirtschaftung von Eigenmitteln für den Fortbestand des Abenteuercamps. Dafür waren zwei zentrale Aufgaben zu erfüllen:

- Konzept- und Organisationswicklung
mit den Schwerpunkten Binnenstruktur des Projektes, Entwicklung zielgruppenspezifischer Angebote, wirkungsvolles Marketing der Angebote und
- Bildung von Verantwortungsgemeinschaft(en)
mit den Schwerpunkten Initiierung eines Verbundsystems verschiedener Partner für das Vorhaben und die Einbindung in vorhandene regionale Systeme und vernetzt arbeitende Kooperationsgemeinschaften.

Praktisch bedeutete die Zielstellung des Projektes - die Sicherung des Fortbestandes des Abenteuercamps - die Ausweitung der Angebote und dadurch auch die Erhöhung der Auslastung des Abenteuercamps, sowie die Entwicklung eines wirkungsvollen Marketingkonzeptes, das vor allem auf die Integration in bestehende Netzwerke des regionalen Tourismus, der Jugendfreizeit und der Erlebnispädagogik zielt.

Durch bestehende Kontakte zur Stiftung Demokratische Jugend wurde der Träger auf die Bundesinitiative „wir ... hier und jetzt“ aufmerksam, stellte im März 2004 einen Antrag auf Projektförderung im Handlungsfeld „Perspektive“ und konnte im gleichen Monat mit der Arbeit beginnen.

Umsetzung und Erfahrungen

Ausgangspunkt für die Überlegungen des Trägers zur Bestandserhaltung und Weiterentwicklung des Abenteuer Camps war eine Analyse der vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen und die Identifizierung von Defiziten, die die Erwirtschaftung von Eigenmitteln bremsen oder verhindern.

Für diesen Diskussions- und Verständigungsprozess hatte der Träger sehr gute Voraussetzungen weil er über eine lange Tradition der gemeinsamen Meinungsbildung verfügt, es schon immer zum normalen Saisonablauf gehört hat, dass am Saisonende Bilanz gezogen wird, Erfolge und Schwierigkeiten benannt und die Aufgaben für die nächste Saison festgelegt wurden.

Als gute Voraussetzungen bzw. als Ressourcen und Kompetenzen für eine Weiterentwicklung des Angebotes konnte der Träger ermitteln:

- Das Abenteuer Camp besteht bereits und ist regional gut bekannt.
- Es sind Fahrräder, Kanus und Kletterausrüstungen vorhanden.
- Die sozialhygienischen Voraussetzungen für die Beherbergung von Gruppen und Einzelpersonen sind gegeben.
- Die Vereinsmitglieder haben in den verschiedenen Freizeitbereichen Kenntnisse und Erfahrungen, um mit Jugendlichen arbeiten zu können.
- Es gibt vielfältige Kontakte zu anderen Trägern der Jugendfreizeit, deren Ressourcen und Kompetenzen für weitere Angebote „zugekauft“ werden können.
- Es gibt erste positive Erfahrungen mit Angeboten für Firmen im Incentive-Bereich.
- Es gibt bei den Vereinsmitgliedern eine hohe Identifizierung mit dem Camp.
- Der Standort des Camps auf einem privaten Campingplatz ist weitgehend gesichert, bei einem Eigentümerwechsel wären die Rechte des Camps nicht berührt.

Das Nachdenken über die Ressourcen und Kompetenzen machte aber auch deutlich, wo die Defizite liegen bzw. welche Aufgaben in Angriff genommen werden müssen, wenn das Camp sich zukünftig selber finanzieren will:

- Die jährliche Nutzungszeit bzw. die Belegungsdauer des Camps muss deutlich erhöht werden, langfristig ist der ganzjährige Betrieb zu sichern.
- Vor allem im Beherbergungsbereich, der Versorgung und den hygienischen Anlagen sind – auch bei Erhaltung des Camp-Charakters – höhere Standards zu sichern.
- Die Ausdehnung der Nutzungszeit verlangt auch eine Ausweitung der Angebote für unterschiedliche Zielgruppen. Gleichzeitig muss sich das Camp auch als Event-Agentur im Outdoor Bereich etablieren.
- Der ganzjährige Betrieb ist auch personell zu sichern.
- Die Bewirtschaftung des Camps muss professionalisiert werden, auch in der betriebswirtschaftlichen Führung des Camps.
- Die Angebote müssen zunehmend auch die Ressourcen der Region einbeziehen (Spreewald, Elbsandsteingebirge, Lausitzer Bergland). Das Camp kann auch Ausgangspunkt für Outdoor Aktivitäten in der Region sein.
- Das Camp muss eine offensive Marketingstrategie entwickeln und umsetzen.
- Das Camp muss sich mit seinen Angeboten in die Netzwerke von Reiseveranstaltern und Agenturen des Regionalmarketings einbringen.

- Es gibt einen Qualifizierungsbedarf bei den Campbetreibern (Buchführung, Marketing, Befähigungsscheine u. ä. für bestimmte Sportarten).
- Das Camp muss zunehmend als Unternehmen begriffen werden, dessen Betrieb sich immer an den Marktbedingungen orientieren muss. Das impliziert Veränderungsfähigkeit und Anpassungsbereitschaft.

Die Qualitätsentwicklung bei den Angeboten und im Betreiben des Camps, sowie die sukzessive Ausweitung der Angebote, Zielgruppen und Nutzungszeiten des Camps sollten nach wie vor auf Grundlage des erlebnispädagogischen Konzeptes des Trägers basieren, aber für verschiedene Zielgruppen weiterentwickelt werden. Dieses Konzept wird von vier Säulen getragen:

- Natursport
- Kreative Aktion
- Interaktionstraining
- Geschichte der Region

Das Konzept sieht vor, dass die in diesen Bereichen nicht alltäglichen Erlebnisse genutzt werden, um in Gruppen gemeinsam Grenzen zu erreichen oder zu durchbrechen. Kontrasterfahrungen und deren Transfer ins normale Leben sind das Ziel und der Zweck dieser Angebote. Begleitet und gesichert von professionell arbeitenden Teamern, verknüpft das Konzept die verschiedenen Erlebnisräume mit dem gewohnten Lebensalltag. Mit dem vielfältigen Angebot lassen sich sehr variable Projekte und individuelle Arrangements gestalten. Ausgewählte Elemente und Techniken werden zu individuellen Programmen kombiniert und speziell auf die jeweiligen Anforderungen/Zielstellungen abgestimmt. Einige Inhalte sind: Paddeln, Felsenklettern, Reiten, Trekkingtouren, Erlebniswanderungen, Biken, Bearbeitung von Holz und Naturmaterialien, Töpfern, Flechten, Schnitzen oder Schmieden.

Auf der Grundlage dieses Konzeptes und der verfügbaren Ressourcen wurden für das Jahr 2005 – das erste Jahr nach Ausbleiben der Förderung durch die Jugendämter - neue oder modifizierte Angebote für unterschiedliche Zielgruppen entworfen. Soweit es um Gruppenangebote ging, konnten die Gruppen auch selbst die Ausgestaltung der Angebote mit bestimmen. Das Abenteuercamp verstand seine Angebote während des Aufenthaltes als Optionen für die Nutzer. Dieses Vorgehen hatte sich auch im Incentive Bereich bei der Zusammenarbeit mit kommerziellen Partnern bewährt.

Die für 2005 entwickelten Angebote richten sich an Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 14 Jahren und an Familien mit Kindern. Zu den Marketinganstrengungen, die gemeinsam mit einem Experten entwickelt wurden, gehörte der Entwurf eines Flyers, der sowohl die gesetzten Angebote für die unterschiedlichen Zielgruppen zusammenfasst, als auch die Möglichkeiten des Camps an sich „anpreist“.

Zu den Marketinganstrengungen gehört auch ein „Tag der offenen Tür“, den das Camp sehr offensiv beworben hat. Dabei handelt es sich um den traditionellen Termin den der Träger für die Bilanz der abgelaufenen Saison nutzt, der nun aber unter dem Slogan „Camp-Flair live

schnuppern“ auf die vielfältigen Möglichkeiten des Camps hinweisen sollte und die Einrichtung auch in der Region noch populärer machen sollte.

Zu den wichtigsten Erfolgen des im Rahmen der Bundesinitiative geförderten Projektes gehört aber die Vernetzung mit lokalen und regionalen Netzwerken des Tourismus, der Bildungsarbeit und der Jugendfreizeit. Gute Potenziale besitzt dabei auch die beginnende Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement Oberlausitz. Diese Institution unterstützt vielfältige Kontakte und die Koordination von Projekten, insbesondere im touristischen Bereich. Dabei hat neben dem Ausbau einer wirtschaftlichen Infrastruktur auch die Entwicklung von Projekten für bestimmte Zielgruppen im Kulturräum der Oberen Lausitz Priorität. Jugendbildungsarbeit gehört hier ausdrücklich dazu. Insgesamt konnten folgende Partner für die Zusammenarbeit mit dem Abenteuercamp Deutschbaselitz und seinem Träger gewonnen werden:

- Regionalmanagement Oberlausitz,
- Tourismusverein "Krabat e. V.",
- Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit,
- das Schullandheim Schwarzkollm,
- die Kinder- und Jugendfarm Hoyerswerda,
- und verschiedene sorbische Vereine (zweisprachige Kultur).

Fazit

Das im Rahmen der Bundesinitiative geförderte Projekt ist der – bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt – erfolgreiche Versuch, ein bestehendes Angebot der Jugendarbeit nach dem Wegfall der Förderung nachhaltig zu sichern. Es ist bemerkenswert, dass der Träger den Wegfall der Förderung als eine Herausforderung an das Engagement, die Kreativität und die Kompetenz der beteiligten Akteure angenommen hat. Der Träger wollte diesen Weg beschreiten, um zu agieren, anstatt ausschließlich auf Kürzungen zu reagieren oder mehr oder weniger passiv abzuwarten. Ein ohnehin schon aktiver Träger hat damit den Wechsel zu einem professionell arbeitenden Dienstleister in der Jugend- und Freizeit- bzw. Tourismusbranche eingeleitet. Dies ist eine Aufgabe, die zukünftig vor vielen Trägern der Jugendarbeit stehen wird: Die Initiative zu ergreifen, neue Wege zu gehen um notwendige (neue) Angebote bzw. soziale Dienstleistungen mit Fachlichkeit für ihre "Kunden" sicherzustellen.

Der Träger hatte für diesen Perspektivwechsel sehr gute Voraussetzungen. Der Erfolg des eingeleiteten Prozesses basiert nicht unwesentlich auf der bereits geleisteten Arbeit, bzw. den bereits entwickelten Angeboten. Diese Angebote werden nun unter Vermarktungsgesichtspunkten weiter entwickelt, ohne die Spezifik des Trägers und seiner Angebote aufzugeben. Gleichzeitig hat der Träger im Rahmen des geförderten Projektes ein Marketingkonzept entwickelt, das weit in den kommerziellen Markt der Freizeitwirtschaft hineinreicht. Dazu wurden Kooperationen vereinbart, die die Popularität, aber letztlich auch die Annahme des Angebotes des Abenteuercamps – auch durch neue Zielgruppen - deutlich vergrößern dürfte. Unerlässlich für einen solchen Strategiewechsel ist Professionalisierung durch Qualifizierung und Weiterbildung der Projektmitarbeiter bzw. hier der Vereinsmitglieder. Im Zusammenwirken von Professionalisierung, Weiterentwicklung der Angebote und einem

effektiven Marketing sollte es möglich sein, dem Abenteuercamp Deutschbaselitz und seinem Träger jenseits öffentlicher Förderung eine Perspektive zu geben.

Interview: Thomas Gericke

Informationsstand: 1.11.2004

4. „Gemeinsam leben im Landkreis Parchim“

Träger: Schweriner Jugendring e. V.
Standort: Schwerin
Bundesland: Mecklenburg - Vorpommern
Projektlaufzeit: 01.01.04 – 31.12.04

Gegenstand:

Gegenstand des Projektes war die Bildung einer Vernetzungsstelle für Träger der Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Parchim.

Handlungsfeld: Perspektive

Abschlüsse/Zertifikate: Keine

Zielgruppe:

Geschlecht: männlich / weiblich

Altersgruppe: offen

Kapazität: offen

Nationalität: deutsch

Herkunftsland: Bundesrepublik Deutschland

schulische/berufliche: Bewohner des Landkreises Parchim

soziale Merkmale: Bewohner des Landkreises Parchim

Bei diesem Projekt ging es weniger um die Ansprache einer konkreten Zielgruppe, sondern vielmehr um die Vernetzung einzelner Träger und Initiativen.

Ansprechpartner:

Schweriner Jugendring e. V.

Frau Klemm

Dr. – Külz – Straße 3

19053 Schwerin

Tel.: 0385/5509984

Fax.: 0385/5509984

E-Mail: netzwerk-sn@gmx.de

Internet: www.netzwerk-mecklenburg.de

Rahmenbedingungen:

Das Vorhaben wurde im Rahmen der Bundesinitiative „wir ... hier und jetzt“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Stiftung Demokratische Jugend und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung mit 7.000 € gefördert. Die Fördermittel wurden für Referent/Innenhonorare, Miete und Anschaffungen aufgewendet, die zur Projektarbeit benötigt wurden. Es konnte nicht erhoben werden, um welche Anschaffungen es sich konkret handelt.

Rechtsgrundlagen:

Das Projekt war in die Bundesinitiative „wir ... hier und jetzt“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Stiftung Demokratische Jugend und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung eingebettet.

Funktion / Qualifikation der Mitarbeiter/innen:

Zum Zeitpunkt des Interviews arbeitete Frau Klemm für den Schweriner Jugendring als Projektleiterin des Netzwerkes „Gemeinsam leben im Landkreis Parchim“. Sie ist Diplom – Pädagogin.

Kurzbeschreibung:

Der Schweriner Jugendring e. V. ist ein Zusammenschluss der Jugendverbände, Jugendorganisationen und freien Träger der Jugendhilfe in Schwerin. Der Verein setzt sich mit Lobbyarbeit für die Interessen von Kindern und Jugendlichen ein. Ziel des Projektes war es, eine lokale Verantwortungsgemeinschaft im Landkreis Parchim zu bilden, um die Kontinuität von Angeboten und Leistungen für Kinder und Jugendliche langfristig zu sichern. Die Netzwerkstelle wollte dies durch Koordination von Projekten und Aktivitäten der Vereine, Initiativen und Einzelpersonen in Schwerin erreichen.

Ausgangsproblematik:

Der Schweriner Jugendring e. V. bündelt die Angebote der Jugendverbände, Jugendorganisationen und freien Träger der Jugendhilfe in Schwerin. Die Arbeit ist auf die Lobbyarbeit für die Interessen von Kindern und Jugendlichen sowie die Absicherung der finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen von Jugend- und Jugendverbandsarbeit gerichtet. Er berät Jugendgruppen und –initiativen. Der Schweriner Jugendring e. V. hat insgesamt 26 Mitgliedsverbände.

Die zunehmende Planungsunsicherheit und Reduzierung von Ressourcen für Jugendarbeit erschwerten eine langfristige und nachhaltige Umsetzung von Ideen in der offenen Jugendarbeit, vor allem in kleineren Gemeinden in der Umgebung von Schwerin. Zur Stärkung und Bündelung der vorhandenen Ressourcen plante der Schweriner Jugendring e. V. ein Netzwerk im Landkreis Parchim. Mit diesem Ziel nahm der Projektträger am Ideenwettbewerb „Perspektive“ der Bundesinitiative „wir ... hier und jetzt“ teil und bekam eine Förderung zugesprochen.

Konzeption:

Ziel des Projektes war es, eine lokale Verantwortungsgemeinschaft im Landkreis Parchim zu bilden, um die Kontinuität von Angeboten und Leistungen für Kinder und Jugendliche langfristig zu sichern. Die Netzwerkstelle wollte dies durch die Koordination von Projekten und Aktivitäten der Vereine, Initiativen und Einzelpersonen im Landkreis Parchim erreichen. Es wurde insbesondere darauf orientiert, vorhandene Ressourcen effektiv und wirkungsvoll einzusetzen, indem Angebote aufeinander abgestimmt und mögliche Synergien durch Bündelung stärker als bisher genutzt

werden. Eine Effektivierung von Ressourcen- und Mitteleinsatz mit dem Ziel der Sicherung einer kontinuierlichen Kinder- und Jugendarbeit stand im Fokus des Projektes.

Geplant war die Vernetzung und der Aufbau konstruktiver Verantwortungsgemeinschaften durch ein gegenseitiges kennen lernen der bestehenden Projekte, Initiativen und Akteure, die Initiierung von Erfahrungsaustausch und Strategieentwicklung und die Gewinnung neuer Kooperationspartner/innen aus den Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Kultur und Politik. Damit sollte eine Verantwortungsgemeinschaft im Landkreis Parchim entstehen, die stabile, aktive Jugend- und Familienarbeit ermöglicht, sich für Erhalt und Stärkung bestehender Vereine, Projekte und Initiativen einsetzt und neue Projekte mit Kooperationspartner/innen aus Wirtschaft, Tourismus, Politik und Kultur entwickelt.

Um ein solches Netzwerk aufbauen zu können, sollte zunächst eine Bestandserfassung der Jugend- und Familienarbeit im Landkreis Parchim durchgeführt werden. Als weiterer Schritt war die Organisation einer Vereinsmesse mit dem Thema „Was tun wir mit und für Jugend?“ geplant. Weiterhin sollte eine Bestandsaufnahme der internationalen Arbeit der Jugendbegegnung im Landkreis Parchim erfolgen. Hinzu kam, dass ein Zugang zu Asylbewerber/innen erschlossen werden sollte. Im nächsten Schritt wurde die Bündelung der Angebote, die Definition von gemeinsamen Schnittmengen und eine koordinierte und kooperative Arbeitsweise angestrebt.

Umsetzung:

Zu Beginn des Jahres 2004 trafen sich unter Federführung des Projektträgers fünf Projektmitglieder von „Gemeinsam leben im Landkreis Parchim“ zu einer Vorbesprechung. Dort wurden erste Bedarfe erörtert und Maßnahmen zur Zielerreichung besprochen. Dem folgte eine Bestandsaufnahme von möglichen Kooperationspartner/innen. Als Ergebnis lagen Übersichten zu Jugend- und Familienarbeit, Tourismus und internationaler Arbeit im Landkreis Parchim vor. Die Bestandsaufnahme erfolgte mittels Daten- und Internetrecherche, persönlichen Ansprachen und Aktivierung bereits vorhandener Arbeitsbeziehungen zu Trägern der Kinder- und Jugendarbeit. Der Zugang zu potenziellen Kooperationspartnern wurde von der Projektleitung als vergleichsweise einfach eingeschätzt, da bereits auf vorhandene Kontakte zurückgegriffen werden konnte. Ende April 2004 wurden in einem Zielfindungsworkshop mit ca. 20 Teilnehmer/innen der Jugend-, Bildungs- und Familienarbeit konkretisierte Haupt- und Nebenziele des Projektes festgelegt. Damit erfolgte die Konstituierung des Netzwerks. Die Außendarstellung wurde als nächster Schritt geplant. Am 25.08.2004 organisierten die Projektmitarbeiter/innen u. a. dafür einen Fachtag zum Thema „Gemeinsam Leben in Europa – Jugendarbeiter treffen Touristiker im Landkreis Parchim“, an dem etwa 25 Personen aus Kinder- und Jugendeinrichtungen, Vertreter/innen des Landkreises und der Tourismusorganisationen teilnahmen. Auf dem Fachtag präsentierten die „Netzwerker/innen“ ihr Netzwerk „Gemeinsam leben im Landkreis Parchim“ und stießen damit auf breite Zustimmung und Interesse zur Mitwirkung. Bereits während des Fachtages ist es gelungen, mit der Planung erster gemeinsamer Projekte zu beginnen. So entwickelten sie beispielsweise die Idee zu einem Europastammtisch, dessen erstes Treffen am 30.09.2004 stattfand. Zum Europastammtisch, bei dem sich regelmäßig einmal pro Monat alle Netzwerkpartner/innen (im Projektzeitraum insgesamt dreimal) trafen, wurden auch weitere Interessierte eingeladen, um das Netzwerk zu erweitern und für potenziell neue Partner/innen zu öffnen. Zwischen den Netzwerkpartner/innen bahnten sich, z. T. mit

Unterstützung der Projektleiterin erste Kooperationen an, die sich z. B. in gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich ihrer Angebote zeigte. Es wurde beschlossen, die Netzwerkstelle stets über aktuelle Geschehnisse in der internationalen Jugendarbeit der Akteur/innen zu informieren. Diese Informationen sollen im Netzwerk gebündelt und an alle Netzwerkpartner/innen weitergeleitet werden. Im Dezember 2004 fand ein Jahresabschluss-treffen der Netzwerkpartner/innen statt, auf dem ein durchgängig positives Resümee über die gemeinsame Arbeit gezogen und ein Ausblick auf Aktivitäten im kommenden Jahr erarbeitet wurde.

In der Tageszeitung SVZ („Schweriner Volkszeitung“) erschien ein Artikel zum Fachtag „Gemeinsam Leben in Europa – Jugendarbeiter treffen Touristiker im Landkreis Parchim“. Die Treffen des Europastammtisches und weitere Veranstaltungen des Netzwerkes wurden in der lokalen Presse angekündigt und stießen auf eine für die „Netzwerker/innen“ positive Resonanz.

Kooperationspartner im Projekt:

Die Netzwerkstelle des Schweriner Jugendrings e. V. arbeitete im Projekt „Gemeinsam leben im Landkreis Parchim“ mit folgenden Institutionen und Unternehmen zusammen:

- Stadt Parchim – Gleichstellungsbeauftragte der Stadt
- Jugendamt Parchim
- Landratsamt, Mitarbeiterin für Jugend, Schule und Kultur
- Landkreis Parchim – Ausländerbeauftragter des Landkreises
- ZiP e. V. – Zusammen in Parchim (Zusammenschluss ehrenamtlich Arbeitender),
- Lütt Pütt e. V., Bildungs- und Freizeiteinrichtung,
- LKJ MV e. V., Organisation von Jugendfreizeiten und Bildungsveranstaltungen
- AST Arbeitsstelle für Jugendsozial- und Schularbeit
- Bürgerkomitee Südstadt e. V. Parchim
- Kreisjugendring e. V. Parchim
- Vertreter von Flüchtlingen im Landkreis Parchim
- Schweriner SC (Fußballclub)

Erfahrungen:

Der Zugang zu potenziellen Netzwerkpartner/innen gestaltete sich günstig, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass auf bestehende Kontakte und Arbeitsbeziehungen zurückgegriffen werden konnte. Hinzu kam, dass gegenüber dem Projektziel insgesamt großes Interesse gezeigt wurde. Dies bestätigt die Relevanz der Ausgangsüberlegung des Projektes, bestehende Träger der Kinder- und Jugendarbeit im Hinblick auf Planungsunsicherheit und Reduzierung von Ressourcen zu bündeln, um damit einen effektiven Mitteleinsatz und eine Sicherung der Angebote zu erreichen.

Im Projektverlauf wurde deutlich, dass neben einer Bündelung von Trägern der Kinder- und Jugendarbeit auch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Trägern und Organisationen bzw. Initiativen im Bereich des Tourismus möglich wurde. Welche Potenziale einer künftigen Kooperation denkbar sind, ist auf dem „Fachtag Tourismus“ verdeutlicht worden. Dennoch muss angemerkt werden, dass eine Sensibilisierung von Vertreter/innen der Tourismusbranche zur

Kooperation mit Jugendeinrichtungen noch am Beginn steht. Während einige Vertreter/innen sehr offen und interessiert an einer Zusammenarbeit mit Jugendlichen und Kindern waren, erschloss sich für andere der mögliche Gewinn noch nicht ausreichend. Die Entwicklung des Netzwerkes in diese beiden hier skizzierten Richtungen stellte neue und andere Anforderungen an die Vernetzungsstelle. Es stellte sich heraus, dass eine Koordination mit wachsendem Informationsfluss und einer Vielzahl von Mitwirkenden durchaus „komplexitätsreduzierender“ Maßnahmen bedarf, um das Netzwerk handhabbar und übersichtlich zu gestalten.

Fazit:

Ziel des Projektes war es, eine lokale Vernetzungsstelle der Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Parchim zu bilden, um vor dem Hintergrund der Reduzierung und zunehmenden Planungsunsicherheit von Ressourcen die Kontinuität von Angeboten und Leistungen für Kinder und Jugendliche langfristig zu sichern. Die Netzwerkstelle wollte dies durch die Koordination von Projekten und Aktivitäten der Vereine, Initiativen und Einzelpersonen im Landkreis Parchim erreichen.

Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass sich im Projekt „Gemeinsam leben im Landkreis Parchim“ ein Netzwerk von Akteur/innen der Jugendarbeit gebildet hat. Dabei zählten zum Kern des Netzwerkes etwa zehn Einrichtungen, weitere 15 Einrichtungen sind dem erweiterten Netzwerkkreis zuzurechnen. Mit diesen Partner/innen ist es gelungen, einen effektiven Informations- und Erfahrungsaustausch zu organisieren, gemeinsame Vorhaben umzusetzen und eine – wenn auch noch nicht konkretisierte – Weiterarbeit nach Projektabschluss zu planen. Die Vernetzungsstelle übernahm in diesem Prozess insbesondere die Funktionen der Gewinnung der Netzwerkpartner/innen, die Entwicklung einer strategischen Arbeitsweise (Ziele, Strategie, Maßnahmen) und die Organisation des Informations- und Erfahrungsaustausches bis hin zur Anbahnung von bi- und trilateralen Kooperationen zwischen den Partner/innen. Zudem entstand – anders als geplant – ein zweites Netzwerk in Form von Europastammtischen, in dem Akteur/innen der Jugendarbeit mit Vertreter/innen der Tourismusbranche gemeinsame Projekte entwickeln und umsetzen.

Damit solch ein Projekt umgesetzt werden kann, müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- eine Trägerorganisation, die lokal verankert ist und bereits über Kontakte und Arbeitsbeziehungen zu potenziellen Partner/innen verfügt
- offene und interessierte Akteur/innen der Region, die sich im Netzwerk engagieren wollen.
- Ein professionelles Netzwerkmanagement
- Kooperations- und Kommunikationsbereitschaft der Mitwirkenden

Ziel der Förderung durch das Förderprogramm „Perspektive suchen“ innerhalb von „wir ... hier und jetzt“ war es, sozialraumbezogene Verantwortungsgemeinschaften zu befördern, in denen verschiedene regionale Akteur/innen miteinander vernetzt werden. Die Verknüpfung vorhandener Strukturen vor Ort sollte die Entwicklung gemeinsamer Handlungskonzepte zur Verbesserung der Perspektive junger Menschen im lokalen Umfeld bewirken.

Im Projekt „Gemeinsam leben im Landkreis Parchim“ wurde ein Netzwerk von Vertreter/innen der regionalen Jugendarbeit und des Tourismus aufgebaut. Damit ist eine u. E. wesentliche Voraussetzung geschaffen, gemeinsame Handlungskonzepte zur Verbesserung der Perspektive junger Menschen im lokalen Umfeld zu entwickeln und umzusetzen. Dies ist im Projekt ansatzweise gelungen; bedarf jedoch einer weiteren Entwicklung des Netzwerkes und einer kontinuierlichen und abgestimmten Arbeitsweise. Inwieweit die im Projekt begonnenen Aktivitäten nach Abschluss der Förderung tatsächlich intensiviert und die angestrebten lokalen Wirkungen erreicht wurden, kann gegenwärtig nicht abschließend eingeschätzt werden.

Interview: Dorit Mahler

Informationsstand: 10.12.2004

5. „Schulmediation“

Träger: Deutscher Familienverband Landesverband Sachsen - Anhalt e. V.

Standort: Magdeburg

Bundesland: Sachsen - Anhalt

Projektlaufzeit: Februar – Dezember 2004

Gegenstand:

Gegenstand des Projektes war die Bildung eines Mediations - Netzwerkes zwischen Schulen in Magdeburg.

Handlungsfelder: Perspektive

Zielgruppe: Schüler/innen, Lehrer/innen, pädagogische Mitarbeiter/innen, Projektleiter/innen der beteiligten Schulen, die an Mediationsprojekten mitarbeiten

Geschlecht: männlich / weiblich

Altersgruppe: 3. – 13. Klasse

Kapazität: offen

Nationalität: offen, soll die Struktur der Schüler/innen der jeweiligen Schule widerspiegeln

Herkunftsland: offen

schulische/berufliche Merkmale: Schüler/innen, Lehrer/innen oder pädagogische Mitarbeiter/innen

soziale Merkmale: keine

Ansprechpartnerinnen:

Sekundarschule „Thomas Müntzer“

Frau Nadine Schulz, Frau Anja Welzel

Umfassungsstraße 76a

39124 Magdeburg

Tel.: 0391/2524241

Fax.: 0391/2584200

E-Mail: nschulz@muentzer-sek.md.shuttle.de

Rahmenbedingungen:

Das Vorhaben wurde im Rahmen der Bundesinitiative „wir ... hier und jetzt“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Stiftung Demokratische Jugend und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung mit 7.000 € gefördert. Von diesem Budget wurden vor allem Bürobedarf (für Recherchen, Dokumentationen, Einladungen etc.); aber auch Honorare für die Auftaktveranstaltung des Netzwerkes, eine Fortbildung sowie die Miete der Räume für die Fortbildung finanziert.

Rechtsgrundlagen:

Das Projekt war in die Bundesinitiative „wir ... hier und jetzt“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Stiftung Demokratische Jugend und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung eingebettet.

Funktion / Qualifikation der Mitarbeiterinnen:

Zum Zeitpunkt des Interviews war Frau Schulz Projektverantwortliche des Netzwerkes „Schulmediation“. Sie war in der Sekundarschule „Thomas Müntzer“ als Schulsozialarbeiterin angestellt. Frau Schulz ist Diplom – Sozialpädagogin mit einer Zusatzqualifikation in Mediation. Frau Welzel war Mitarbeiterin am Projekt „Schulmediation“ und studierte Sozialwesen an der Universität Magdeburg.

Kurzbeschreibung:

Der Projektträger Deutscher Familienverband Landesverband Sachsen – Anhalt e. V. setzt sich im Bereich der Lobbyarbeit für Familien ein und fördert konstruktive, selbstbestimmte Konfliktvermittlung in unterschiedlichen Lebensbereichen durch Seminare und Mediation.

Das Ziel des Projektes war die Bildung eines Netzwerkes „Schulmediation“ zur Stärkung der Schulmediator/innen in Magdeburg. Dies sollte durch Lobbyarbeit, Bildungsangebote sowie Informations- und Erfahrungsaustausch der Mediator/innen untereinander erreicht werden.

Ausgangssituation:

Der Deutsche Familienverband Landesverband Sachsen – Anhalt e. V. ist Träger der Schulsozialarbeit an der Sekundarschule Thomas Müntzer und arbeitet vor allem auf dem Gebiet der Lobbyarbeit für Familien, seit 1996 ebenfalls auf dem Gebiet der Mediation.

Die Projektverantwortliche des Netzwerkes „Schulmediation“ bildet bereits seit einiger Zeit Konfliktvermittler/innen (Mediatoren) an verschiedenen Schulen Magdeburgs aus. Dabei wurde deutlich, dass das Verständnis von und der Umgang mit Mediation als Methode zur Konfliktvermittlung an den Schulen sehr unterschiedlich einzuschätzen ist. Demzufolge war auch der Erfolg der Mediation sehr differenziert. Während es in einigen Schulen gelungen ist, tatsächlich die Konfliktparteien in der Entwicklung selbstverantwortlicher Lösungen, die ein künftiges Zusammenleben in und außerhalb der Schule möglich machten, nachhaltig zu unterstützen, ist an anderen Schulen der Ruf nach einer Lösung durch den Mediator (vergleichsweise einem Schlichtungsverfahren) laut geworden. Die ausgebildeten Mediator/innen formulierten den Bedarf nach Austausch und einem verstärkten Lernen voneinander nach der Ausbildung, um beispielsweise Mediationserfahrungen gemeinsam zu reflektieren.

Konzeption:

Das Ziel des Projektes war die Bildung eines „Netzwerkes Schulmediation“ zur Stärkung der Schulmediator/innen in Magdeburg. Dies sollte durch Lobbyarbeit, Bildungsangebote und gegenseitige Unterstützung der Mediator/innen erreicht werden.

Die Mehrheit der Schulen in Magdeburg setzen Schüler/innen als Mediator/innen ein. Grundsätzlich soll damit durch eine selbstbestimmte Konfliktlösung der Gewalt an Schulen entgegengewirkt werden. Interessierte Schüler/innen werden in 40 Stunden zu Mediator/innen ausgebildet, um Gleichaltrigen in Streitfällen vermittelnd zur Seite zu stehen. In jeder Schule arbeiten fünf bis zehn Mediator/innen, die bei Konflikten zwischen Schüler/innen, aber auch zwischen Schüler/innen und Lehrer/innen vermitteln. Meist treten Schüler/innen, in besonders schwierigen Fällen, aber auch Lehrer/innen oder Schulsozialarbeiter/innen als Mediator/innen auf. Die Mediation folgt einem klaren Phasenmodell. Die Konfliktparteien treffen sich zu einem vereinbarten Zeitpunkt mit zwei Mediator/innen. Zuerst werden die Erwartungen der Konfliktparteien an die Mediation geklärt, dann werden Regeln für den Umgang miteinander in der Mediation vereinbart und verbindlich festgehalten. Nun stellt jede Partei ihre Sichtweise auf den Konflikt dar. Die Mediatoren sammeln die Problemlagen, halten diese – möglichst als neutrale Formulierungen – fest und visualisieren. Die Konfliktparteien wählen die dringendsten Problemlagen aus und beginnen mit Unterstützung des Mediators die Problembearbeitung, in dem die hinter den – oft verfestigten – Positionen liegenden eigentlichen Bedürfnisse, Interessen und Wünsche der jeweiligen Konfliktpartei mit Hilfe des Mediators herausgearbeitet werden. Es werden Ansatzpunkte von Gemeinsamkeiten herausgefiltert, die die Basis für die Problemlösung durch die Konfliktparteien bilden. Die jeweiligen Parteien schlagen Lösungsvarianten vor, bewerten diese und einigen sich möglichst. Dann wird überprüft, ob die Parteien den Lösungen zustimmen können. Die gefundene Lösung wird schriftlich fixiert und durch Unterschrift von den Konfliktparteien angenommen.

Die Schüler-Mediatoren können sich bei der wöchentlichen Supervision mit Lehrer/innen bzw. Schulsozialarbeiter/innen Informationen und Ratschläge einholen, wovon in der Regel intensiv Gebrauch gemacht wird, da die Mediation erhebliche Anforderungen an die Kommunikationsfähigkeit stellt und der Erfolg / Misserfolg sofort erkennbar ist.

Jede Schule geht anders mit Mediation um. Während bei einigen Schulen Magdeburgs Mediation in die Hausordnung verpflichtend eingebunden ist, ist die Teilnahme für Schüler/innen in Konflikten an anderen Schulen völlig freiwillig. In verschiedenen Schulen werden unterschiedliche Erfahrungen mit Mediation gesammelt. In einem Netzwerk dieser Schulen und weiterer Institutionen, die mit Mediation arbeiten, können Erfahrungen ausgetauscht werden. Die Partner/innen in einem Netzwerk „Schulmediation“ sollen sich unterstützen, indem sie sich über Vor- und Nachteile, Hindernisse und Lösungsansätze ihres Konfliktvermittlungsverfahrens austauschen.

Dazu sollten folgende Maßnahmen beitragen:

- Recherche der Schulmediationsprojekte in Magdeburg
- Kontaktaufnahme zu den Akteuren auf diesem Gebiet
- Regelmäßige Treffen der Akteure zum kennen lernen und gegenseitiger Unterstützung
- Gemeinsame Weiterbildung von Schülern und Lehrern als Netzwerkpartner

In der Stadt Magdeburg gab es eine Vielzahl von Aktivitäten im Hinblick auf Mediation, die gebündelt und miteinander in Kontakt kommen sollten. Das Neuartige an dem geplanten Netzwerk war nach Aussagen der Initiatorin das gemeinsame Engagement von Lehrer/innen und Schüler/innen.

Umsetzung:

Im Februar und März 2004 wurde recherchiert, an welchen Schulen Magdeburgs es Mediationsprojekte gab. Auch die Möglichkeiten der Unterstützung von freien Trägern, dem Jugendamt und weiteren Institutionen wurden geprüft. Die Akteur/innen auf dem Gebiet der Schulmediation wurden zur Teilnahme am Netzwerk aufgerufen und zu einer Auftaktveranstaltung zum Netzwerk „Schulmediation“ eingeladen. Diese fand am 26. und 27. März 2004 unter dem Titel „Schulmediation – Vernetzung der Projekte an Magdeburger Schulen“ statt. Fünfunddreißig Schüler/innen und Lehrer/innen nahmen daran teil. Dabei stand zu Beginn das kennen lernen der potenziellen Netzwerkpartner/innen im Mittelpunkt. Im Verlauf der Diskussion kristallisierten sich drei Themenschwerpunkte als Ansatzpunkte für eine gemeinsame Netzwerkarbeit heraus, die nachfolgend in drei Workshops erörtert wurden.

Der Workshop zum Thema „Öffentlichkeitsarbeit und Werbung“ beschäftigte sich mit den Möglichkeiten, Schulmediation in der Schule selbst öffentlichkeitswirksam darzustellen. Dabei wurde besonders auf Plakate und Beiträge in Schülerzeitungen fokussiert.

Im Workshop „Zusammenarbeit und Vernetzung“ übten die Teilnehmer/innen Kritik an der momentanen Situation. Bemängelt wurde vor allem unzureichendes Wissen der Öffentlichkeit zu Schulmediation und das Problem, dass Mediator/innen von Schüler/innen und Lehrer/innen oft nicht ausreichend akzeptiert werden. Es wurden Erwartungen und Wünsche an das neue Netzwerk formuliert.

Der Workshop mit dem Thema „Weiterbildung und Unterstützung“ teilte sich in zwei Gruppen. Eine wurde von Lehrer/innen und Pädagog/innen besucht, die andere von Schüler/innen. In der Gruppe der Pädagog/innen ging man vor allem auf die Probleme bei der Realisierung einer auf Dauer angelegten Schülermediation ein. Als Ergebnis wurde festgelegt, dass alle Schulen Konfliktvermittlung durch Mediation als Möglichkeit, Ordnungsmaßnahmen zu verhindern, in ihre Hausordnung aufnehmen. Die Teilnehmer/innen forderten verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für Schulmediation und den Aufbau eines Mediationszentrums. Im Workshop entstand ein Brief an das Kultusministerium Sachsen – Anhalt mit der Empfehlung, Mediation als Möglichkeit der Konfliktbewältigung an Schulen als festen Bestandteil in den Schulalltag zu integrieren und sie durch Rahmenrichtlinien in den Unterricht zu verankern. Die Workshopgruppe der Schüler/innen setzte sich vor allem mit der Frage auseinander, warum Mediation in der Schule noch zu wenig erfolgreich ist. Als Gründe wurden mangelnde Anerkennung der Schülermediator/innen, zu wenig Wissen über Konfliktbewältigungsmöglichkeiten an den Schulen, aber auch Ablehnung der

Mediation von den Schüler/innen angeführt. Anschließend beriet die Schüler/innengruppe die Möglichkeiten, diesen Ursachen entgegenzuwirken.

Am zweiten Tag der Auftaktveranstaltung präsentierten die Workshopgruppen ihre Ergebnisse. Die Netzwerkpartner/innen trafen verbindliche Festlegungen zur weiteren Zusammenarbeit. Seit dieser Veranstaltung treffen sich die Netzwerkpartner/innen in regelmäßigen Abständen alle sechs Wochen, um sich nicht nur über Schulmediation allgemein auszutauschen sondern auch, um die gesetzten Themen weiter zu verfolgen und konkrete Schritte zu gehen.

Parallel zur Organisation verschiedener Netzwerktreffen wurde mit kontinuierlicher Öffentlichkeitsarbeit auf Schulmediation in Magdeburg aufmerksam gemacht.

Vom 21. bis zum 23. Juni 2004 nahmen über 30 Schüler/innen und Lehrer/innen an einer Weiterbildung für Mediator/innen teil. Dabei setzten sich die Teilnehmer/innen in Rollenspielen mit möglichen Situationen der Schulmediation auseinander. Weiterhin bildeten sie einen Mediationsrat, der Ansprechpartner für alle Fragen rund um Schulmediation werden sollte. Dafür legten die Teilnehmer/innen bereits Aufgaben und konkrete Verantwortlichkeiten fest. Im Mediationsrat sollen sich zwei Vertreter/innen jeder Schule mit Schulmediation alle sechs Wochen in wechselnden Schulen treffen und auf folgenden Gebieten arbeiten:

- Recherche und Organisation von Fortbildung
- Organisation von Events
- Sorgennotdienst
- Presse-/Öffentlichkeitsarbeit
- Verbindungsgruppe (als Forum für Mediator/innen).

Das Netzwerk stellte seine Arbeit in mehreren Zeitungsartikeln dar. Vor allem die Tageszeitung „Magdeburger Volksstimme“ und die kostenlosen Zeitungen im Magdeburger Raum berichteten über das Netzwerk „Schulmediation“. In der Fachzeitschrift „Infoblatt Mediation“ erschien ein umfangreicher Artikel über das Netzwerk. Im Radiosender MDR wurde dazu ein Interview mit der Projektverantwortlichen übertragen. Im November 2004 will sich das Netzwerk einerseits beim Landespräventionstag, andererseits bei einer Ausstellung der Projekte des Programms „wir ... hier und jetzt“ im Bundesland Sachsen – Anhalt vorstellen.

Kooperationspartner:

- eine Grundschule in Magdeburg
- vier Sekundarschulen Magdeburgs
- zwei Schulen für Lernbehinderte in Magdeburg
- zwei integrierte Gesamtschulen von Magdeburg (beinhalten Realschule und Gymnasium)
- Spielwagen e. V., beschäftigt sich mit Schulsozialarbeit
- Mediationsstelle im Nachbarschaftszentrum in Magdeburg, sie bieten Mediation fürs Quartier an
- Stadtschülerrat, welcher eine Arbeitsgruppe „Mediation“ hat
- Pro Mann, Beratungsstelle gegen Männergewalt (ein Projekt des Deutschen Familienverbandes)
- Jugendamt Magdeburg
- Landesarbeitsgemeinschaft Schulmediation

Das Netzwerk möchte weiter wachsen und ist deshalb bestrebt, möglichst viele weitere Partner/innen aufzunehmen.

Erfahrungen:

Die Projektleitung hat mit der Bildung des Netzwerkes „Schulmediation“ gute Erfahrungen gesammelt. Besonders die schulartübergreifende Arbeit der Mediatoren wurde positiv bewertet. Alle angesprochenen Akteure (Schulen, Ämter, Vereine) reagierten dem Netzwerkgedanken gegenüber aufgeschlossen, so dass das Netzwerk bereits eine beachtliche Anzahl von Netzwerkpartnern aufweisen kann. Im Projektzeitraum ist es gelungen, wesentliche Handlungsfelder zu bestimmen und die gemeinsame Arbeit auf den Weg zu bringen.

Fazit:

Das Ziel des Projektes war die Bildung eines Netzwerkes „Schulmediation“ zur Stärkung der Schulmediator/innen in Magdeburg. Dies sollte durch Lobbyarbeit, Bildungsangebote und gegenseitige Unterstützung der Mitglieder erreicht werden.

Im Projekt „Schulmediation“ wurde ein Netzwerk gebildet, welches regelmäßig zusammenarbeitet. Auf die Arbeit der Streitschlichter/innen wirkte sich ein solcher Austausch nach Aussage der Projektverantwortlichen positiv aus. In einem Feedbackgespräch mit der Projektverantwortlichen gaben die Netzwerkpartner/innen an, dass das Netzwerk bereits positive Wirkungen auf ihre eigene Person und das Schulklima zeigt.

Damit das Projekt umgesetzt werden kann, müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- eine Trägerorganisation, die lokal verankert ist und das Netzwerkmanagement übernehmen kann
- Bereitschaft der Schulen und Mediatoren, sich in einem solchen Netzwerk zu engagieren

Das Ziel der Förderung durch den Ideenwettbewerb „Perspektive suchen“ war, die Vernetzung verschiedener regionaler Akteure, die durch Entwicklung gemeinsamer Handlungskonzepte langfristig die Verbesserung der Perspektive junger Menschen in ihrem lokalen Umfeld bewirken sollen.

Im Netzwerk „Schulmediation“ arbeiten regionale Akteure zusammen. Welche langfristigen Wirkungen daraus entstehen werden, ist gegenwärtig noch nicht konkret feststellbar. Aufgrund der guten Voraussetzungen, insbesondere Bedarf der Vernetzung, Anzahl der Netzwerkpartner/innen, inhaltliche Ausrichtung und verbindliche Arbeitsweise kann u. E. perspektivisch eine nachhaltige Wirkung des Projektes erreicht werden. Da es in diesem Projekt nur Netzwerkpartner gibt, können keine jugendlichen Teilnehmer/innen befragt werden.

Interview: Dorit Mahler,
Informationsstand: 30.08.2004